

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6gepalt. Cotontafel für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schäftsleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltentstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### „Arbeitet er?“

„Wenn ich von einem jungen Manne sagen höre, daß er eine viel verheißende Begabung zeige, so ist meine erste Frage immer: „Arbeitet er?“

Wer kennt nicht in seinem Bekanntenkreise den Tausendkünstler, der allen schönen Künsten zugleich huldigt, der sich Meister dünkt im Geigenspiel, im Versmachen, im Schauspieler, der überall das große Wort führt, weil er sich bei seiner Begabung berufen fühlt, Führer zu sein? Oft trägt er lange gelockte Haare und eine auffallende Halsbinde, damit man ihm seine ganze Genialität auch gleich ansehe. In allen Gesellschaftsklassen, bahnt er sich seinen Weg quer durch die Menge der gewöhnlichen Sterblichen. Da er das „Unglück“ hat, so überreich von der Natur mit Talenten ausgestattet zu sein, ist er in den verschiedenen Richtungen seiner Anlagen gleich geschäftig; damit keine seiner Künste zu kurz komme, bearbeitet er heute die Geige, schmiedet morgen Verse und führt übermorgen den Pinsel!

Weil die Zeit drängt, kann leider keine seiner Leistungen zu Ende geführt werden! Und Arbeit, wie der gewöhnliche Sterbliche sie ausführt, Arbeit zur Erhaltung des Lebens, Arbeit für andere — er ist doch zu „höherem“ berufen! Ist es nicht in der Ordnung, daß Eltern und Geschwister für ihn sich mühen? Ist es nicht großartig, Schulden zu machen und als großer Herr auf die arbeitenden Kameraden herabzusehen?

Sie kennt die Sorte „verbummelter Genies“, denen ihre vielseitige Begabung zum Verhängnis wird. Jeder, der diese bebauernswerten Halben lobt und umschmeichelt, statt sie zu rechtzuweisen und zu einer bestimmten Berufsarbeit anzuhalten, verfehlt sich an ihnen und der Menschheit.

Wie viele wirklich begabte Menschen könnten Großes leisten, wenn sie nicht mit Tüdeln ihre Kräfte zersplitterten und durch die energielose Tätigkeit sie zuletzt lahmlagten. Jede Meisterleistung, jede große Kunst fordert ernstliche, zielbewusste, zielstrebige Arbeit, aber können eine angenehme Lebensbeigabe sein, wenn sie einer gebiegenten Berufsarbeit untergeordnet werden.

Arbeit ist der einzige Weg zu jedweder Lebensbeschäftigung.

### Die „neue Epoche“.

Der deutsche Michel ist wieder der Geleitete! Hat man ihn da jüngst mit einem Heidenopfer aus seiner Beschaulichkeit aufgeschreckt: Einen „neuen Reichstag“ solle er sich wählen; einen neuen, jawohl. Denn der alte, der habe unter der Herrschaft des „schwarz-blauen Blocks“ gestanden; einer Gesellschaft, die einzig darauf ausgehe, das erwerbstätige Volk auszuplündern und zu verhöhnen. Die roten und rötlichen Agitatoren und Blätter waren schon seit geraumer Zeit geschäftig, die Massen des Volkes in ihrem Sinne zu bearbeiten. Und erst in den letzten Monaten und Wochen vor der Wahl! — Selbst die ganze Korona der „freien“ Gewerkschaftsblätter, die doch angeblich Arbeiterinteressen vertreten wollen, stimmte da in das Sturmgeheul ein: „Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem schwarz-blauen Block!“ — „Sozialdemokraten“ solle der deutsche Michel in den Reichstag senden, eine „Mehrheit der Linken“ schaffen. Damit beginne dann „eine neue Epoche in der inneren und äußeren Politik des deutschen Reiches.“

Nun mag man ja zu den Rechts- und Mittelparteien je nach seiner persönlichen Ueberzeugung stehen wie man will; wahr ist und bleibt, daß die deutsche Arbeiterschaft ohne diese Parteien auf sozialpolitischem Gebiete noch heute nichts zu verzeichnen hätte, als allenfalls die Phrasen der Genossen, von denen kein Mensch satt wird. Bis heute hat die Sozialdemokratie im Reichstage noch nichts anderes geleistet als lamentiert, anderer Leute Arbeit benörgelt und heruntergemacht und — die Diäten eingestekt. Und die neue „Mehrheit der Linken“, die der Michel sich nun glücklich zusammengewählt hat, sieht schon aus dem Grunde nicht darnach aus als wenn von ihr praktische Arbeit auf sozialpolitischem und anderen Gebieten zu erwarten wäre, weil sie zur guten Hälfte eben aus Sozialdemokraten besteht. Michel ist also wie gesagt, der Geleitete; die „neue Epoche“, mit der ihm das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Mund wässrig gemacht und vor den roten Parteifarren gespannt hat, ist sanfter Zauber.

Schon schickt sich die ebenso-mutige wie blutige Rosa Luxemburg an, den Linksblock zu zertrümmern, noch ehe er ganz fertig ist. In der „Gleichheit“, dem Leiborgan der streitbaren roten Amazonen, zieht sie gegen die „Handvoll sonderbarer Schwärmer in unseren eigenen Reihen“ zu Felde, die eine gemeinsame praktische Arbeit mit den Parteien der ganzen Linken erhoffen. Nicht praktische Arbeit leisten sollen die 110 Genossen im Reichstag; wehe dem roten Schelmen, der sich so etwas träumen ließe. Nein, Rosa gebietet den 110, sie hätten

den Volksmassen den „alten Gegensatz der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“ so scharf wie nur irgend möglich zum Bewußtsein zu bringen. Und auch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ meinte in ihrer Nummer 12: „Unsere Hauptwirksamkeit im Reichstag wird nach wie vor propagandistisch sein.“ Also nicht sachliche Arbeit leisten im Reichstag soll die Sozialdemokratie, sondern Agitationsreden zum Fenster hinaus halten. Das alte Babelsche Demagogenezept vom Fordern, nicht um etwas zu erreichen, sondern um die praktisch arbeitenden Parteien zu übertrumpfen, bleibt also für die roten 110 in Geltung. Auch die „Metallarbeiterzeitung“, die in ihrer Nr. 3 von der „neuen Epoche“ träumte, wird also jetzt schon wohl oder übel „eine solche Politik von der Hand in den Mund weiterhin gefakt“ und — gar durch die und dünne mit verteidigen müssen.

Mag sie auch von den „freien“ Gewerkschaftern, die sich unter den roten 110 befinden, verlangen,

„daß sie sich darüber klar sind: je mehr das Problem der rein agitatorischen Tätigkeit der Sozialdemokratie seiner Lösung zugeführt wird, um so nachdrücklicher schiebt sich das Problem der zweckmäßigen Ansehung der gesammelten Kräfte in den Vordergrund“,

die maßgebenden Genossen sind anderer Ansicht. Sie fühlen, daß es für die Sozialdemokratie nichts Gefährlicheres geben kann — als eine „zweckmäßige Ansehung der gesammelten Kräfte“ zu praktischer Arbeit. Die Massen würden dann ja sehen, daß auch die Sozialdemokratie nicht anders als mit Wasser kochen kann; die, die sie bislang mit schönen Phrasen von den kommenden Herrlichkeiten trunken machte und in ihr Joch spannte, würden erlichtern und ihr scharenweise den Rücken kehren. So liegen die Verhältnisse und es ist erklärlich, daß führende Genossen sich jetzt schon wieder den Kopf der Partei zerbrechen und den Massen plausibel zu machen suchen, daß die 110 Genossen im Reichstag „schwerlich“ etwas für sie herauschlagen könnten, weil usw. usw. — Der Sozialdemokratie bangt offensichtlich vor ihrem Siege, weil sie sich wohl aufs Nörgeln und Herunterreißen, aber nicht aufs Bessermachen versteht. Das kann sie aber schlechterdings den Massen nicht grad heraus sagen. Und so setzt sich denn Herr Genosse Dr. August Erdmann, der bekannte „Kenner der Christlichen“, hin und schreibt in Heft 3/12 der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Artikel, um zu beweisen, daß das — Zentrum bei den Wahlen „einen gewaltigen Stoß erlitten“ habe. Aber, so meint er weiter:

„Das Wahlfahr 1912 hat nicht alle Erwartungen erfüllt: im Reichstag sieht es mit der antiliberalen Mehrheit noch sehr bedenklich aus. . . . Aber die Vorgänge des Januar und Februar haben doch die Befreibarkeit der Reaktion im Reich wie in den Einzelländern ergeben. Der erste Ansturm genügte nicht. Nun gut, bereiten wir den zweiten und, wenn auch der nicht hinreichen sollte, den dritten vor. Dazu ist nötig, daß sich auf antiliberaler Seite die Front gegen rechts festigt und erweitert, daß man, bei den Liberalen wie bei den Sozialdemokraten, manches noch lernt, aber auch manches vergißt, und schließlich auf praktisch politischem Gebiet den Nachweis erbringt, daß man beiderseits ernstlich gewillt ist die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit mit Entschiedenheit ihrer Erfüllung entgegenzuführen. . . .“

Also, die Front gegen rechts und gegen das Zentrum! Ganz so riet es auch die rote und „freie“ Gewerkschaftspresse dem arbeitenden Volke vor den Wahlen. Nur der „Linksblock“, so schwächte man dem gutmütigen deutschen Michel vor, sei gewillt und imstande, „die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit“ zu erfüllen. Und der Michel hat's geglaubt und getan wie die roten und rötlichen Volksbegleiter ihm geheißten. Was nun aber für ihn und die großen und dringlichen Kulturaufgaben dabei herauspringen wird, das verrät Genosse Robert Schmidt in der oben angezogenen Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. In einem Artikel, „Die Sozialpolitik im neuen Reichstag“, gesteht er da u. a.:

„Können wir nun, nachdem das Übergewicht des konservativ-ultramontanen Blocks im Reichstag geschwächt ist, auf einen beträchtlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hoffen? Schwerlich. Denn gerade auf diesem Gebiete ist der Liberalismus aller Schattierungen nicht gewonnen, der Sozialdemokratie Hilfe zu leisten. Im Gegenteil, der rechte Flügel der Nationalliberalen wird, wenn die bisherigen Erfahrungen maßgebend sind, alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpfen, um im Sinne des Zentralverbandes deutscher Industrieller den Herrenstandpunkt des Unternehmers zu stärken. Unter den anderen Liberalen haben wir keine Sozialpolitiker, Naumann und Rothhoff, die auf diese Weise Anspruch erheben könnten, sind diesmal nicht in den Reichstag gewählt worden. Die Stärkung der Linken wird mehr in politischen Krügen zum Ausdruck kommen; in der

Sozialpolitik wird man gut tun keinen Umschwung zu erwarten. — Fraglich wäre nur die Stellung des Zentrums. . . .“

Da hört nun aber doch verschiedenes und noch etwas auf! Wochen und Monate hindurch hörte man von den roten und „freien“ Agitatoren und las man in der sozialdemokratischen und „freien“ Gewerkschaftspresse nichts anderes als „gegen rechts!“ „gegen Zentrum!“ „gegen die Reaktion!“ Und nun, wo die Leute ihren Willen haben, da treten sie mit leeren Händen vor die Massen hin und müssen gestehen: Von der neuen Mehrheit ist hinsichtlich Arbeiterschutzes und Sozialpolitik nichts zu erwarten; die einen sind „nicht gewonnen“ etwas zu tun und die anderen sind „keine Sozialpolitiker“. — Also, deutscher Michel, du hast dich zwar gegen die Rechte, gegen die Reaktion aufheben lassen, du hast dir zwar auf unseren Rat hin eine „Mehrheit der Linken“ mit 110 Genossen geschaffen, aber — in der Sozialpolitik tust du gut daran, keinen Umschwung zu erwarten. Es sei denn, gerade das — Zentrum und die anderen Parteien, die wir dir noch gestern als Hort der Reaktion, als Blutsauger und Volksausplünderer verdächtigten, arbeiten in der althergebrachten Weise weiter. — Das also wäre die neue Epoche, in der die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit ihrer Lösung entgegengeführt werden: Die 110 Genossen sitzen im Reichstag und versperrten in noch stärkerem Maße wie bisher den Platz, wo Volksvertreter arbeiten sollen, kritisieren und lamentieren; die praktische Arbeit aber wird von ihnen nach wie vor anderen Seiten überlassen. Und selbst Genosse Robert Schmidt hofft von diesem Reichstage mit der Linksmehrheit und den 110 Genossen für die „wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse“ nichts. Vor den Wahlen las man anders — sogar in „freien“ Gewerkschaftsorganen.

Die christlich organisierten Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industrieland und in den anderen Bezirken unseres Vaterlandes aber mögen aus diesen Darlegungen ersehen, daß sie recht daran taten nicht auf den Leim der Genossen zu gehen. Von dieser Seite hat der Arbeiterstand eben niemals praktische Arbeit zu erwarten. Davon auch die von der roten Agitation irreführten Massen zu überzeugen und sie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, sei einem jeden von uns heiligste Pflicht. Unser deutscher Arbeiterstand hat alles Interesse daran, daß seine Kräfte nicht in über Nörgelsucht und Hege verzettelt, sondern zu aufbauender positiver Reformarbeit gesammelt und nutzbar gemacht werden. Also, christliche Metallarbeiter, auf die Chancen! In die Arbeit! Denn auch in Zukunft werden wir nur durch zähe, ausdauernde Arbeit das Bestehende sichern und neue Erfolge für unseren Stand erringen können.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Obgleich die Berichte aus den heimischen Industrien — insbesondere aus der Metallindustrie — sehr befrüchtend lauten, ist die Stimmung der maßgebenden Kreise keineswegs gehoben. Das Leben an der Börse — diesem empfindsamsten Organismus unseres Wirtschaftslebens — ist dafür der beste Beweis. Die außer- und innerpolitische Lage des Reiches ist eine unklare. Wir alle wissen, wie nahe am Kriege Deutschland vorbeigeht, und diese Tatsache hat eine Unsicherheit über unser Verhältnis zum Ausland hervorgebracht, die lähmend wirkt. Es scheint zwar, als ob unsere Beziehungen zu England in der jüngsten Zeit etwas besser geworden wären, aber mit Optimismus darf man die Lage keineswegs betrachten. Die Befürchtungen eines bevorstehenden Krieges erhielten neue Nahrung durch die angekündigte Wehrvorlage. In Verbindung mit dieser brachte auch die Deckungsfrage einige Besorgnisse. Und hier zeigt sich eine in unserer prinzipiellen Stellung besonders interessante Erscheinung. Vor und nach den Wahlen waren Gerüchte im Umlauf, die neue Steuern auf das mobile Kapital ankündigten — vor allem hörte man wieder von einer Erbschaftsteuer. Der Ausfall der Wahlen hat eine Beruhigung der interessierten Kreise gebracht, da die neue „Mehrheit der Linken“, die ja immerhin sehr problematischer Natur ist, die Gewähr bietet, daß derartige Steuern nicht geschaffen werden. Was uns hier besonders interessiert, ist die Tatsache, daß die Sozialdemokratie vom internationalen Großkapital als Schutztruppe beansprucht wird. Daß sie es tatsächlich schon oft gewesen und durch Personalunion mit ihm verbunden ist, wußten wir, daß das Großkapital sie nun endgültig in den Bund seiner Freunde aufgenommen hat, muß die deutsche Arbeiterschaft sich merken.

In internationalen Momenten wirken niederdrückend vor allem die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten. In neuester Zeit wird wieder von einem schärferen Vorgehen gegen die Trusts gesprochen. Eine Erscheinung im Wirtschaftsleben, die viel Ähnlichkeit mit deutschen Verhältnissen hat, macht die Lage besonders unsicher: es ist die

hängigkeit fast aller Unternehmungen von ein paar privaten Großbanken. Von ihrem Günstigen, von ihrem Kredit hängt tatsächlich die Möglichkeit neuer Unternehmungen ab. Seit in Deutschland die Konzentration des Bankwesens so große Fortschritte gemacht hat, haben sich ganz ähnliche Verhältnisse herausgebildet. Auch bei uns sind die großen Banken durch den Besitz zahlreicher Aktien von Industrieunternehmungen in der Lage, auf sie einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Da sie an ihrem Ertrag direkt interessiert sind, wird sich ihr Verhalten Neugegründungen gegenüber nur unter diesem Gesichtspunkt regeln. Für eine Volkswirtschaft ist dieser Zustand kein erfreulicher, da er die Monopolbildung außerordentlich begünstigt und Neugründungen von Fähigkeiten hinführt. Das finanzielle Interesse ist übrigens sehr oft verschieden von dem Interesse an dem Unternehmen überhaupt und es kann besonders gegen das Interesse der Arbeiter wirken, die eben keine beliebigen Maschinen sind, die man stilllegen kann ohne Schäden, sondern Menschen, die zu ihrer Bedürfnisbefriedigung Arbeit und Nahrung brauchen. Die hohen Preiserhöhungen des Kohlenpreises haben allgemein Befremden erregt. Die Erregung wird noch gesteigert durch die Gärung, die neuerdings wieder in den Bergarbeiterkreisen des Ruhrreviers um sich gegriffen hat. Wenn sie noch keinen katastrophalen Charakter angenommen hat, so liegt das in der besonnenen und abwartenden Haltung der christlichen Arbeiterschaft. Es ist erklärlich, daß die angeführten Gründe nicht gerade anregend auf unser Wirtschaftsleben wirken können. Für die Arbeiterschaft besteht aber kein Anlaß zur Sorge, denn die Berichte aus der Industrie lauten, wie schon erwähnt, günstig. Bevor wir zu ihnen übergehen ist noch etwas zu erwähnen, was auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in ungünstigem Sinne einwirken kann. Unklugheit der Erörterungen über die Teuerung hat man wohl auch die Valorisation erwähnt — wenn es unterlassen wurde, so geschah es aus Unwissenheit oder um die wahren Gründe der Preissteigerung zu verbergen. Von Valorisation redet man nur bei Naturprodukten, wie Kaffee, Kakao, Baumwolle usw. Sie bezweckt, die Preise in einer Höhe zu halten, die mit dem tatsächlichen Anfall der Ernte und dem Angebote im Widerspruch steht. Die Valorisation tritt natürlich nur dann ein, wenn die Ernte sehr gut ausgefallen ist und ihr plötzliches Angebot ein Fallen der Preise zur Folge haben würde. Um ein solches zu verhindern, kauft eine Vereinigung von Kapitalisten einen großen Teil der Ernte auf und behält ihn zurück. Das geringere Angebot, das nun auf den Markt kommt, kann ein Zurückgehen der Preise nicht mehr bewirken — in den meisten Fällen das Gegenteil. Voraussetzung für die glückliche Durchführung der Valorisation ist, daß die nächste Ernte die ganze Deckung des Volksbedarfs nicht zuläßt. Nur wenn dieser Fall eintritt, kann die zurückbehaltene Menge mit Gewinn und entsprechender Verzinsung losgeschlagen werden.

Für uns ist von Wichtigkeit: der Konsument hat durch das Zustandekommen einer Valorisation immer einen höheren Preis für die betr. Produkte zu bezahlen als ohne sie. Wenn wir daher heute hören, die Valorisation für Kaffee ist durchgeführt, so heißt das, Aufkäufe von Großkapitalisten haben bewirkt, daß die Preise nicht gefallen sind, wie es hätte der Fall sein müssen, wenn die ganze Ernte auf den Markt gekommen wäre, sondern sie sind zum mindesten in ihrer bisherigen Höhe geblieben. Die Erfolge, welche die Kaffeevalorisation hat und gehabt hat, ermutigen die Interessenten, sie auch auf andere Produkte anzuwenden. Projektiert sind eine Kakao- und eine Baumwollvalorisation. Von der letzteren würden unsere Arbeiter empfindlich getroffen werden. Die Preise der Baumwolle und deren Produkte waren im letzten Jahre so außerordentlich hoch, daß ein Rückgang unbedingt zu wünschen ist — nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch in dem der Textilindustrie. Die diesjährige Baumwollernte ist sehr gut ausgefallen; wenn die Preise nicht künstlich heraufgedrückt werden, können die Baumwollprodukte dauernd billig bleiben, was wir aus den angegebenen Gründen wünschen müssen.

Neulich haben wir (den Ausnahmetarif der Staatsbahnen für Siegerländer Eisenbahn für die oberhessische Eisenindustrie erwähnt. Nunmehr gab der Eisenbahnminister einen Antrag statt, der verbilligte Eisenertarife für die oberhessischen Bahnen vorsieht, und zwar von den Dillenburg an. Die anderen noch genannten Bahnen sind nicht von der Bedeutung wie diese. — Der Roheisenmarkt liegt pünktig. Trotzdem überall schon höhere Preise erzielt werden, hat der Roheisenverband die Preise für Kubel-, Hämatit-

und Gießereieisen um je 3 Mk. pro Tonne, Stahleisen um 4 Mk., Spiegeleisen und Walzengüßeisen um je 5 Mk. pro Tonne erhöht für das 2. Halbjahr 1912. Die Werte sind außerordentlich stark befristet, doch ist es nicht angebracht, nur mit Rücksicht darauf ihre Rentabilität einzuschätzen, denn zahlreiche Aufträge sind noch zu den früheren billigen Sätzen aufgenommen worden und harrten der Erledigung.

Der Markt in allen Produkten des Stahlwerksverbandes liegt außerordentlich fest, die Preise für Stabeisen konnten sich weiter erhöhen. Am 26. Januar fand in Düsseldorf eine Versammlung von Vertretern der Röhrenwerke statt. Ihr Zweck war, in „unverbindlicher Weise“ über eine Erhöhung der Verkaufspreise zu beraten. Die Form der Anknüpfung ließ Beschlässe irgend welcher Art nicht zu — wir haben es hier sicherlich mit einer Fühlungsnahme zu tun, ob und welche Werke sich zu einer festeren oder loseren Konvention bestimmen ließen. Wenn es sich darum handelte, wie wir glauben, so war das Resultat ein ganz negatives, denn gerade die wichtigsten Werke waren nicht vertreten. Im übrigen wurde festgestellt, daß die Beschäftigung der Gasröhrenwerke zwar sehr befriedigend, die Preise aber durchaus ungenügend seien, wenn sich in den letzten Monaten auch eine kleine Besserung gezeigt habe. Der Verband des Stahlwerksverbandes in A-Produkten war im Januar sehr günstig. Ein Moment ist hier besonders hervorzuheben. Der Absatz nach dem Ausland ist in allen Produkten sehr gestiegen — doch ist gegen früher eine wesentliche, für unsere Industrie sehr günstige Veränderung eingetreten. Der Auslandsabsatz war sonst immer nur ein Notbehelf, der ergriffen werden mußte, um eine vollständige Beschäftigung der Werke zu ermöglichen. Die Preise waren sehr mäßig und standen in keinem Verhältnis zu den Inlandspreisen. Das hat sich nun geändert, denn nicht nur in Deutschland sind starke Preiserhöhungen eingetreten, sondern auch im Ausland, von denen bei einer Einfuhr nach dort natürlich auch die deutsche Industrie ihre Vorteile hat.

Die Märkte in Frankreich, Belgien und England erfreuen sich einer fortgesetzten günstigen Verfassung. Der amerikanische Markt nimmt an Festigkeit zu. Das Vieh, das unsere Industrie darbietet, ist ein sehr günstiges; in der Beschäftigung herrscht Hochkonjunktur und die Preise steigen immer mehr. Das dort uns aber nicht veranlassen, die Momente außer Acht zu lassen, die das günstige Licht etwas trüben, da ist vor allem der zweifelhafte Bestand des Stahlwerksverbandes zu erwähnen. Wenn dieser aber auch gesichert werden sollte, so ist das nur möglich durch eine starke Heraufsetzung der Beteiligungsquoten — die Gefahr einer Ueberproduktion liegt dann nicht mehr ferne. Was aber eine solche insbesondere für unsere Arbeiterschaft zu bedeuten hat, bedarf hier keiner weiteren Ausführung.

**Aus dem Reichshaushaltsetat 1912.**

Der ordentliche Etat ist veranschlagt auf 2 684 890 130 Mark in Einnahme und Ausgabe. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Mehr von 140 533 882 Mark. An Mehreinnahmen aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren werden jedoch nur 78 Millionen Mark ermarktet. Das Fehlbetrag wird durch Materialbeiträge, das sind Beiträge der Bundesstaaten, gedeckt. Die Reichsschuld betrug Ende 1910 4 934 201 000 Mark. Bis zum 30. September 1911 hat sie sich um rund 108 Millionen Mark infolge der Schulvertilgung vermindert. Die Anleihe beim außerordentlichen Etat ist bemessen auf 48,7 Millionen gegen 97,5 Millionen im Vorjahr. Als Zugang bei den Einnahmen sind verzeichnet bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 47 Millionen, Reichs-Eisenbahnen 9,88 Millionen M. Mehreinnahmen sind noch keine Ueberläufe. Die Ueberläufe der Reichsbetriebe im ordentlichen Etat sind veranschlagt gegenüber 1911 mehr um 17,4 Millionen, bei der Eisenbahnverwaltung mehr um 4,8 Millionen.

In Mehreinnahmen kommen ferner in Betracht aus:

	Mill. M.
Zölle	49,5
Zigarettensteuer	2,8
Branntweinsteuer	19,3
Leuchtmittelsteuer	2,69
Büchsensteuer	1,4
Stempel auf Wechsel, Wertpapiere	5,91
Karten für Kraftfahrzeuge	0,58
Dividendensteuer mehr	0,49
Grundstückübertragungen mehr	1,56
Erbchaftssteuer	3.

Bei den fortdauernden Ausgaben finden sich im Budget für das Reichsamt des Innern 4,46 Millionen Mark. Dabei sind 4000 Mark mehr für Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Auslande. Sodann 2 722 000 Mark mehr auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Der Zuschuß des Reichs für Zwecke der Invalidenversicherung steigt damit auf 56 372 000 M. Im Dispositiv wird dazu bemerkt, daß am 1. Januar 1912 925 247 Invalidenrenten und 93 876 Altersrenten laufen werden. Die Kosten für zugegangene Renten werden 4 858 774 M. betragen, der Reichszuschuß zu den Krankenrenten wird berechnet auf 1 020 000 M. für die Hinterbliebenenversicherung im ersten Jahre auf 1 950 000 Mark.

Beim Etat des Reichsamts des Innern findet sich ferner ein Ansatz von 3 612 000 M. zur Unterstützung der Friedensübungen einberufenen Mannschaften, es sind das 590 000 Mark mehr als im Vorjahre. Es sollen 35 000 Mann mehr zu Übungen herangezogen werden. Für Einrichtungen und Veranstellungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbes findet sich im Voranschlag die Summe von 80 000 M.; zur Unterhaltung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 40 000 M. Als Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise sind, wie im Vorjahre, 30 000 M. vorgesehen. Unter den einmaligen Ausgaben ist wieder eine Summe von 150 000 M. eingesetzt zur Bekämpfung des Typhus; für Ausbildung der Schiffsjungen 60 000 M.; zur Förderung einer internationalen Biographie für Sozialwissenschaft ein Betrag von 15 000 M.; zur Unterstützung der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte 30 000 M.; als Beitrag zur Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes 8000 M.; zur Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit 60 000 M.; zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind, wie im Vorjahre, 100 000 M. in Ansatz gebracht; für gemeinnützige und unparteiische Rechts-Anstaltsstellen 4000 Mark.

Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Herstellung von Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte der Reichsbetriebe sind diesmal 4 Mill. Mk. eingesetzt. Es wird nun nicht mehr bestritten, daß ein erhebliches Bedürfnis besteht für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wird diese Summe nehmigt, dann sind zusammen 45 Millionen Mark von Reichswegen zu diesem Zwecke genehmigt worden. Wird man nicht auch bald zu einem Reichswohnungs-gesetz kommen? E. B.

**Nichtwürdige Verdächtigungen.**

Seit Jahr und Tag sind gewissen Leuten die christlichen Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Ihre Sehnsucht nach ihr Vernichtung geht dahin, die christlichen Arbeiter unter die Fittiche der Fachabteilungen von „Sieg Berlin“ zu bringen. Die christliche Arbeiterschaft fürchte sich nicht an die weltfremden Theoretiker; der Berliner Fachabteilungsbeirat hat daher nach ihrer fast zehnjährigen Tätigkeit ein komplettes Fiasko zu verzeichnen, während die christlichen Gewerkschaften, trotz aller Bekämpfung und Verleumdungen in Wort und Schrift, fast vierhunderttausend Mitglieder mustern konnten.

In Deutschland wurden denn auch die Pioniere für „Sieg Berlin“ seit langem nicht mehr ernst genommen. Deswegen benötigen sie jetzt mehrere ausländische Blätter zur Verdächtigung der christlichen Arbeiterschaft. Häufig war die christliche Gewerkschaftsopposition gezwungen, diese hinterhältigen Angriffe zurückzuweisen. Jetzt liegt wieder eine solche Verleumdung vor, die nicht unüberbrochen bleiben soll.

Der Pariser „Univers“ läßt sich von der internationalen Telegraphenagentur A. I. R. folgende Unwahrheiten schreiben: „Wir haben eine sehr kompetente Persönlichkeit interviewt über den sozialistischen Sieg bei den in Deutschland stattgehabten Wahlen. Hier ist ein besonders interessanter Zug aus dem Gespräch: Der Sieg der Sozialisten ist keineswegs vernachlässiglich; man hätte sich selbst nicht zu wundern brauchen, wenn anstatt 110 es noch mehr sozialistische Abgeordnete gegeben hätte. Was als moralischer Maßstab für ein ganzes Volk bemerkenswert ist, das sind die Verluste, welche das Zentrum in Köln, Düsseldorf und Metz erlitten hat. Die Bevölkerung dieser drei Städte setzt sich in ihrer Mehrheit aus Katholiken und Arbeitern zusammen. Diese Katholiken- und Arbeitermehrheit ist in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nach M.-Glabbacher Schule und Kölner Richtung organisiert. Und diese Mehrheit nun hat das Zentrum im Stich gelassen und die sozialistischen Kandidaten unterstützt. Das ist der fühlbare Beweis für die Wahrheit, die seit so langer Zeit bereits durch ebenso auf-

**Die Verbindung von Metallen durch elektrische Schweißung.**

ATK. Nachdruck verboten.

Die Verbindung von Metallen, speziell von Eisen und Stahl, durch Schweißung ist von alters her allgemein im Gebrauch. Das Verfahren gründet sich bekanntlich darauf, daß die Metalle bei der Erhitzung zunächst weich werden, ehe sie schmelzen, und damit in den flüssigen Aggregatzustand übergehen. Staucht man die erweichten Teile zusammen, wie dies im Schmiedeverfahren andauernd geschieht, so schweißen die einzelnen Teile fest zusammen, und es entsteht ein einziges Stück.

Mit dem Vordringen der Elektrotechnik lag der Gedanke nahe, an die Stelle der Erwärmmung im Schmiedeverfahren die Erwärmmung durch den elektrischen Strom zu setzen, und man tat dies zunächst in der Weise, daß man die Hitze eines elektrischen Lichtbogens zur Erwärmmung der Metalle verwendete. Der Lichtbogen konnte dabei entweder zwischen zwei Kohlestäben übergehen und dann dem Schweißpunkt genähert werden, oder aber es wurde als eine Elektrode das Arbeitsstück selbst benutzt und von ihm der Lichtbogen zu einer zweiten Elektrode gezogen, als die eine Kohlestäbe verwendet wurde. Diese Schweißung durch den elektrischen Lichtbogen hat auch heute noch ein nicht unerhebliches Anwendungsgebiet, das etwa das gleiche ist, wie dasjenige der autogenen Schweißung. Besonders findet es bei der Bearbeitung solcher Metalle Verwendung, die nicht im eigentlichen Sinne schweißbar sind und bei denen vielmehr der Uebergang aus dem festen in den flüssigen Zustand unvermittelt stattfindet. So werden z. B. gebrochene Umkleiteile auf diese Weise ausgebessert, und es kann an die vorhandenen Teile auch neues Material angefügt werden, das in der Hitze des Lichtbogens niederschmilzt.

Eine wesentlich andere Eigenart zeigt das eigentliche elektrische Schweißverfahren, das neuerdings in der gesamten Metallindustrie mehr und mehr Eingang findet und das beruht auf dem Prinzip der elektrischen Schweißung.

Grund auf umzugefallen. Bei ihm wird nicht die Hitze des vom elektrischen Strom erzeugten Lichtbogens zur Erwärmmung der Metalle herangezogen, sondern dieser Strom selbst. Es ist bekannt, daß ein elektrischer Strom an jeder Stelle seines Verlaufes eine Wärme erzeugt, die mit der Stärke des Stromes wächst und mit dem Quadrate des Widerstandes, den der Strom an jeder Stelle findet. Wird also ein starker Strom durch einen Kreis geleitet, der im allgemeinen nur einen sehr geringen Widerstand hat, während an einer einzigen Stelle ein hoher Widerstand vorhanden ist, so wird diese Stelle im Augenblick durch den Strom stark erwärmt. Nehmen wir an, der starke Strom werde auf irgend eine Weise zwei Metallstücken zugeleitet, die sich vorerst lose berühren, so tritt der hohe Widerstand an dieser Berührungsstelle auf, die sich daher momentan stark erhitzt und zwar bis zur Schweißglut. Werden die an der Berührungsstelle erweichten Teile gleichzeitig zusammengedrückt, so schweißen sie ineinander, und nach der Ausschaltung des Stromes und dem Erkalten der Schweißstelle liegt ein einziges Arbeitsstück vor.

Die Entnahme eines Stromes von der Stärke, wie sie nötig ist, um das Material bis zur Schweißung zu erwärmen, kann nun nicht ohne weiteres aus dem Reize eines Elektrizitätswertes erfolgen, denn erstens würden die Kosten sehr hohe sein, und zweitens würden die Spannungen im Netz es nicht dulden, daß die Arbeitsstücke unmittelbar an das Netz angeschlossen werden, weil eine Gefährdung des Personals vorliegen würde und weil ferner der Kurzschluß eines solchen Stromkreises, wie er im Moment der Vollendung der Schweißung vorliegen würde, vollkommen unzulässig ist. Hier bietet der elektrische Transformator das Mittel zur Ueberwindung der Schwierigkeiten. In einem solchen Transformator kann ohne irgend welche Bewegung und mit sehr hohem Wirkungsgrade die Spannung eines Wechselstromes auf jeden gewünschten Wert umgeformt werden. Wird also beispielsweise eine Netzspannung von 200 Volt dem Transformator zugeführt, so kann ihn auf der anderen Seite eine Spannung von 2 Volt entnommen werden, die nun zur Arbeitsleistung in der Schweißung herangezogen wird. Da der Schweißstromkreis nur einen sehr geringen Widerstand ent-

hält und auch der Widerstand an der Stochstelle, absolut genommen, nur klein ist — es liegt ja Metall an Metall — so genügt diese geringe Spannung vollständig zur Erzeugung eines hohen Stromes, wie ihn die Schweißung erfordert, und gleichzeitig wird jede Gefahr beim Berühren der stromführenden Teile vermieden. Dem Netz wird dabei nur ein Strom entnommen, der im umgekehrten Verhältnis zur Spannung steht, also z. B. bei einer Transformierung von 200 auf 2 Volt der hundertste Teil des Schweißstromes.

Nach dem geschilberten Prinzip sind die Stumpfschweißapparate gebaut, wie sie für die Verbindung voller Materialquerschnitte Verwendung finden. Es können auf diese Art Drähte, Rund- und Flachstabe, Röhre, Wellen, Profileisen usw. stumpf aneinander geschweißt werden. Auch für Messing und Kupfer, sowie Aluminium hat sich diese Schweißung bewährt. Nadreifen und Felgen werden so geschweißt; Schneiden aus Stahl werden mit Griffen aus dem billigen Lemberg verbunden; komplizierte Schmiebed- und Stanzstücke werden in solche Teile zerlegt, die einzeln leicht herstellbar sind und die dann elektrisch verbunden werden; Rettungsglieder werden geschweißt, und die so hergestellten Ketten zeichnen sich durch besondere Festigkeit aus.

Die Festigkeit des geschweißten Materials beträgt etwa 90 Prozent von der des ungeschweißten Materials. Ein Verbrechen erscheint vollkommen ausgeschlossen, da die Schweißhitze sich von innen heraus entwickelt und der Strom ganz genau abgemessen werden kann; in sehr vielen Fällen sorgt eine automatische Ausschaltung für die Unterbrechung des Stromes bei Vollendung der Schweißung. Ueberhaupt ist man mit Erfolg bestrebt, für Zwecke der Massenfabrikation automatisch arbeitende Maschinen auszubilden.

Der Erfolg der Stumpfschweißung äußert sich speziell dort, wo es sich um die Ausführung gleichartiger Arbeiten handelt, in einer starken Erhöhung der Produktion und damit einer Verbilligung der Fabrikation, die durch die Ersparrnisse an Material noch weiter gesteigert wird. Derselben Vorzüge weist auch die elektrische Punktschweißung auf, die als Ersatz für das Nieten sich besonders in der Maschinenindustrie und für leichte Eisenkonstruktionen mehr und mehr

richtige und Marschende Katholiken proklamiert worden ist: Der Gewerkschaftsinterkonfessionalismus, auf die katholischen Arbeiter angewendet, besorgt die Geschäfte der Sozialisten.

Das ist so ziemlich das tollste, was bisher an Verleumdung geleistet wurde. Was zunächst Meß angeht, so ist es doch eine allbekannte Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften dort nur einen äußerst minimalen Einfluß haben. Deshalb das so ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Jedenfalls liegt die Schuld nicht auf Seiten der christlichen Gewerkschaften; die Folgen aber liegen jetzt dort klar zu Tage. Wenn jedoch trotz dieser auch ihnen bekannten Sachlage Berliner Protektoren der christlichen Arbeiterschaft die Schuld in die Schuhe zu schieben versuchen, dann gibt's für eine solche Handlungsweise schlechterdings keine parlamentarische Bezeichnung. Das hängt man nur niedriger.

Ubrigens läßt die „Allnische Volkszeitung“ an leitender Stelle den „Machern“ eine Abfertigung zu teil werden, die auch für unsere Kollegen nützlich zu lesen ist. Sie lautet:

„Mit Gewerkschafts- oder sonstigem „Interkonfessionalismus“ hat das Ergebnis der letzten Wahlen nicht das allermindeste zu tun. Im Gegenteil: Wenn nach den Rezepten der ausländischen Kritiker verfahren worden wäre, wären den Linksparteien noch einige Duzend weitere Mandate zugefallen. Weiter ist in den Kreisen, denen keine Zeit zum Nörgeln u. zu Querredereien verblieb, die vielmehr im Wahlkampf aktiv mitarbeiteten, nicht entgangen, daß sich gerade bei der letzten Wahl die christliche Arbeiterschaft, soweit sie sich zur Zentrumsparthei bekennet, unter besonders schwierigen Umständen aufs denkbar tapferste geschlagen hat. Wenn in den 52 Wahlkreisen Rheinlands und Westfalens, worunter nahezu die Hälfte städtische oder überwiegend industrielle Wahlkreise sind, die Sozialdemokratie in der Hauptwahl nur einen Sitz zu erobern vermochte — die alte sozialistische Hochburg Solingen — so ist dieses in keinem übrigen Landesteile Deutschlands so klar hervortretende Ergebnis in der Hauptfrage dem Umstande mitzuschreiben, daß im Westen Deutschlands die christliche Arbeiterbewegung am stärksten verbreitet ist. In den Wahlkreisen Duisburg, Essen, Bochum mit zusammen 400 000 Wählern, die sich zu 80 Proz. aus Arbeitern zusammensetzen, wäre es eine Unmöglichkeit gewesen, die Sozialdemokratie zu verdrängen ohne die christliche Arbeiterbewegung. Auch von den Kölner Verhältnissen hat der Gewährsmann der Roma und des Unvers nur eine ganz dunkle Vorstellung. Das Schwerkgewicht der Arbeiterbevölkerung entfällt in Köln auf den Wahlkreis Köln-Land, der sich zu 80 Proz. aus städtischen und industrieller Bevölkerung zusammensetzt. Und dieser Wahlkreis kann sich mit seinem Wahlergebnis sehen lassen. Er hat der Zentrumsparthei 1912 gegenüber den Wahlen von 1907 einen Zuwachs von 5400 Stimmen gebracht, ein Ergebnis, wie es kein zweiter Wahlkreis in Deutschland im Jahre 1912 unter der allgemein für die Zentrumsparthei schwierigen Situation aufzuweisen hat. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung haben in den letzten Jahren gegenüber der Sozialdemokratie, insbesondere im Westen Deutschlands, eine Aufklärungsarbeit geleistet, von der man nur wünschen könnte, daß sie in anderen Wählergruppen Nachahmung fände. Und zum Danke dafür werden sie und ihre Bewegung jetzt erneut in ausländischen Zeitungen heruntergemacht und verächtigt. Ein solches Gebahren kann gar nicht scharf genug gebrandmarkt werden; es ist geradezu schandbar.“

Aus den hier aufgezeigten Tatsachen können unsere Kollegen wieder einmal erkennen, wie gegen die christlichen Gewerkschaften gekämpft wird. Die Antwort, die wir darauf zu geben haben, kann nur lauten, unermüdblich werden und aufklären, nicht ruhen und rasten bis der letzte christliche Arbeiter als Mitglied und Mitstreiter für unsere Sache gewonnen ist.

### Vom roten Mauerstrah.

Welche Stimmung im Lager der im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Berliner Formner nach Beendigung des am 7. Dezember 1911 abgelaufenen Streiks herrscht, zeigte sich auf einer Branchenversammlung, welche am 1. Februar in Berlin tagte. Die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder Pirschel, Jicks, Meier, Kefowski und Reue unterzogen den Abschluß des Streiks einer scharfen Kritik. Die Beamten Cöhen und Sellrich wurden von den „gut erzogenen“ Genossen der „Streikabwürgung“ und der „Vergewaltigung der Mitglieder“

Eingang verschafft. Hier wird der Strom nicht mehr den schweißenden Teilen selbst zugeführt, sondern zwei kupfernen Stiften, zwischen welche die zu verbindenden Bleche gelegt werden. Drückt man alsdann diese Stifte zusammen, wobei gleichzeitig der Strom von dem einen Stift durch die Bleche zu dem anderen Stift fließt, so erweicht das Material der Bleche und wird durch die Stifte zusammengeschweißt. Die so erzielte Verbindung übertrifft an Festigkeit die Nietverbindung und kann mit erheblich geringerem Aufwand an Zeit und Geld hergestellt werden. So hat man z. B. in der Blechwarenindustrie beim Befestigen von Griffen u. dergl. an Gefäßen beobachtet, daß junge Arbeiter stündlich bis zu 1000 Schweißpunkten fertiggestellt haben, während ein geübter Nietler in der gleichen Zeit etwa 250 Nieten aufschlägt, wobei noch die Kosten für das Lochen in Betracht zu ziehen sind. Auch für die Schweißung starrer Platten liegen die Verhältnisse recht günstig.

Aus der Punkt-Schweißung hat sich die Nahtschweißung entwickelt, die ebenfalls besonders in der Blechwarenindustrie Anwendung gefunden hat. Durch das Aneinanderreiben von Schweißpunkten entsteht eine solche Naht, die daher, wenn sie nicht flüssigkeitsdicht zu sein braucht, auch durch eine Reihe von Punkt-Schweißungen hergestellt werden kann. Denkt man sich die punktförmigen Elektroden durch rollenförmige ersetzt, welche zwischen denen die zu schweißenden Bleche hindurchgeführt werden, so ist die Schweißnaht kontinuierlich und flüssigkeitsdicht. Solche Nahten werden als Längs-, wie als Rundnaht in den verschiedensten Längen ausgeführt und mit ihrer Hilfe z. B. Öden in eiserne Fässer geschweißt. Die Stübe und die autogene Nahtschweißung, wie die Verbindung durch Falzen werden durch diese Verfahren immer mehr verdrängt, besonders wo die Herstellung gleichartiger Teile die Aufstellung automatisch arbeitender Spezialmaschinen rechtfertigt.

Wir sehen, daß das neue Verfahren der Elektro-Schweißung im Begriff ist, sich als vollwertiges Hilfsmittel in den Dienst der Werkstattechnik zu stellen, und es ist vorläufig noch gar nicht abzusehen, wieweit Entwicklungsmöglichkeiten dieses Verfahrens noch mit sich bringt.

bezüglich. Es wurde Verwunderung darüber geäußert, daß der erste Bevollmächtigte Adolf Cöhen sich nicht sehen lasse, um sein Treiben in der Presse zu rechtfertigen. Er habe die Kollegen im Land wahrheitswidrig informiert. Die „Metallarbeiterzeitung“ stelle die wahren Tatsachen auf den Kopf; durch diese Irreführung müßten die Kollegen in der Provinz denken, die Berliner Formner hätten einen glänzenden Siegeserrungen. Keinerlei Garantien für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen beständen. Eine Resolution, welche die Unterfertigung der Industriellen und im Weiteren erneute Streikproklamation verlangte, wurde angenommen. Der in diesem Moment in den Saal ein tretende erste Bevollmächtigte Adolf Cöhen wurde mit den Rufen „Pfui“, „raus Schuft“, „Lump“, „Strolch“ usw. empfangen. Die Mehrzahl der Mitglieder verließ sodann demonstrativ den Saal; sie wollte von Cöhen nichts hören. Ueber diese Vorgänge, worüber das Organ der Wiewenthal'schen Richtung „Deutscher Metallarbeiter“ vom 10. Februar berichtete, hält sich die sonstige sozialdemokratische Presse in tiefes Schweigen. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes macht's eben gerade so wie die Italiener in Tripolis. Sie hat die Verbindungen der zutreffigen Formner mit der Presse unter Zensur gestellt, so daß nur die zu ihren Gunsten zurechtgestutzten und zurecht frisierten Berichte an die Öffentlichkeit gelangen können. Mit einer geradezu rührenden Vertrauensseligkeit und Harmlosigkeit nimmt aber das rechtgläubige sozialdemokratische Volk solche von den roten Zensoren aufgepukten Brekzerzeugnisse als laute Wahrheiten hin.

Schlimmer noch als bei den Formnern muß die Unzufriedenheit mit den Praktiken der Berliner sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsleitung bei den Metall- und Revolverdrehern sein. Hier muß schon ganz ungewöhnlich gegen die Totschweigekampagne der Verbandsleitung opponiert worden sein, weil man sich genötigt sah, nachstehenden Bericht im „Vorwärts“ vom 14. Februar zu veröffentlichen:

„Die Eisen-, Metall- und Revolverdreher debattierten am Sonntag in ihrer Branchenversammlung über eine Angelegenheit, die schon zwei frühere Versammlungen beschäftigt hat. Es handelt sich um einen Konflikt mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wegen eines sogenannten wilden Streiks der Dreher im Betriebe von Bergemann in Rosenthal. In der Versammlung am Sonntag kam folgender Tatbestand zur Sprache: In dem genannten Betriebe wurde ein Dreher entlassen, weil er eine Arbeit fehlerhaft ausgeführt hatte. Da er der Vertrauensmann der Dreher war, so nahmen diese an, die fehlerhafte Arbeit sei für die Betriebsleitung nur ein willkommener Vorwand zur Maßregelung gewesen. Nachdem die Dreher vergebens versucht hatten, einen Vertreter der Ortsverwaltung an Ort und Stelle zu zitieren, um die Angelegenheit zu besprechen, legten sie die Arbeit nieder, um die Wiedereinstellung des Entlassenen durchzusetzen. Die Ortsverwaltung hat die Genehmigung zu diesem Streik weder vorher und nachher erteilt, sondern die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt. Das wird der Ortsverwaltung nun zum Vorwurf gemacht. In der Diskussion wurde u. a. betont, es handle sich nicht um den vorliegenden Einzelfall, sondern um das von der Ortsverwaltung befolgte System: Die guten Beziehungen der Arbeiter zu dem Unternehmer nicht zu stören. Wenn der Verband dieses System befolgen wolle, dann würde er sich von den Gelben gar nicht mehr unterscheiden, denn bei den Gelben gelte ja als oberster Grundsatz: die guten Beziehungen zu den Unternehmern dürfen nicht gestört werden. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes würden dagegen Front machen, daß ein solches System im Verbands einreißt. Sie brennen darauf, im Kampfe mit den Unternehmern bessere Verhältnisse durchzusetzen. Nachdem eine Anzahl Redner (die Redezeit war auf ¼ Stunde beschränkt) zwei Stunden lang die Ortsverwaltung — oft in sehr scharfer Weise kritisiert hatten, erließ Cöhen als Vertreter der Ortsverwaltung eine halbe Stunde Redezeit. Er rechtfertigte die Haltung der Organisation im allgemeinen und führte aus, daß in einer großen Organisation nicht immer die Wünsche jedes einzelnen oder jeder Gruppe erfüllt werden können, sondern manchmal zurückgestellt werden müssen, wenn es das Interesse der Gesamtheit erfordert. Nach diesem Gesichtspunkt handele die Ortsverwaltung. Nachdem der Redner verschiedene Äußerungen, die in der Diskussion gemacht worden waren, besprochen hatte, war seine Redezeit abgelaufen. Eine Verlängerung wurde nicht bewilligt. Jetzt machte man Cöhen den Vorwurf: er sei auf den Kern der Sache: die Angelegenheit in Rosenthal, gar nicht eingegangen.

Cöhen entgegnete: Das habe ihm die Versammlung unmöglich gemacht. Er sei eben im Begriff gewesen, auf diese Angelegenheit einzugehen, da sei die Redezeit zu Ende gewesen und eine Verlängerung nicht bewilligt worden.

Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution, welche den an der Bewegung in Rosenthal beteiligten Kollegen volle Sympathie ausdrückt und das abschneidende Verhalten der Ortsverwaltung, besonders des zweiten Bevollmächtigten Sandke verurteilt.“

Das Interessante an diesem Bericht ist, daß die sozialdemokratische Berliner Ortsverwaltung darin nach sozialdemokratischen Begriffen als eine „reaktionäre Gesellschaft“ erscheint. Das von der Sozialdemokratie stets betont Selbstbestimmungsrecht tritt sie mit Füßen! Der von dieser Partei angeblich bekämpfte Absolutismus wird in ihren Organisationen zum System. Der Klassenkampfcharakter ist über Bord geworfen und an dessen Stelle das Bestreben der Gelben: „gute Beziehungen zu den Ausbeutern des Proletariats unter allen Umständen“ getreten. Die von den roten Agitatoren stets als Antriebshelpe des Fortschritts gepriesene „Unzufriedenheit der Massen“ wird dem „Interesse der Gesamtheit“ geopfert — und zwar ausgerechnet überall da, wo die Sozialdemokratie ihre „Massenbataillone“ hat, wo sie also den Beweis ihrer Befähigung für die praktische Arbeit erbringen muß. Da wird aus dem wilden sozialdemokratischen Agitator „Saulus“ im Handumdrehen ein „Paulus“. Mit Schreden aber muß der durch den Zwang der Verhältnisse also Gewandelte dann wahrnehmen, daß einer mit roten Agitationsphrasen und Reden „er-

zogenen“ Masse die Empfänglichkeit für vernünftige Erwägungen abhanden gekommen ist. An ihr bewahrheitet sich das Wort: „Verunstet wird Unfinn, Wohltat Plage.“

Die Einsicht scheint, wenn auch reichlich spät, nun auch den sozialdemokratischen Führern zu kommen. Freilich werden sie die destruktiven Geister, die sie Jahrzehnte hindurch gehegt und gehätschelt haben, jetzt nicht mehr los. So ist denn die sozialdemokratische Bewegung heute an den Folgen ihres eigenen Radikalismus unheilbar erkrankt und zur Hilflosigkeit und Ohnmacht verurteilt. Diese Vorgänge im sozialdemokratischen Lager — wie bedauerlich sie an sich im Interesse des Arbeiterkampfes sind — bestätigen uns erneut, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, die den Radikalismus von der ersten Stunde an als schädlich bekämpft hat, auf dem rechten Wege ist.

### Eine schreckliche Dynamitexplosion

Fernab vom großindustriellen Betriebe inmitten der sauerländischen Berge liegt im Kreise Brilon fast an der Walddeschen Grenze das freundliche und stille Tal der Hoppecke. Auf den Bergen zwischen den Dörfern Hoppecke und Bontkirchen, die vorher Eigentum des Herrn Landrates Janßen waren, errichtete vor einigen Jahren eine Gesellschaft eine Sprengstoff-Fabrik. Neben auch bisher mancherlei Unfälle vor, so war doch ein größeres Unglück noch nicht zu verzeichnen.

Am 15. Februar ist im Menghaus eine furchtbare Explosion erfolgt. Vier brave Arbeiter sind tot und zwei schwer verletzt. Von den Getöteten gehören drei und von den beiden Schwerverletzten einer unserem Verbands an. „Das ist Arbeiterlos“, schreibt uns ein Kollege in seiner treuherzigen schlichten sauerländischen Art. Gewiß, auch wir sind uns bewußt, welches Risiko der Arbeiter zu tragen hat. Trotzdem können wir die Frage nicht unterdrücken: Müßte es sein? Sind alle Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung eines solchen Unglücks getroffen worden? Nach einer Reihe anderer Fragen drängen sich uns auf, doch für heute wollen wir sie unterdrücken. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde Klarheit schaffen.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Graf Poladovsky über die Arbeiterbewegung.

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen läßt es angebracht erscheinen, eine Rede des Grafen Poladovsky aus seiner Ministerzeit in die Erinnerung zurückzurufen. Am 6. Februar 1906 ging er im Reichstag auf verschiedene abfällige Neußerungen ein, die öffentlich über die christliche Arbeiterbewegung ausgesprochen worden waren, u. a., daß die christlichen Gewerkschaften schlimmer wären, wie die sozialdemokratischen. Graf Poladovsky wies darauf hin, daß bei unserer heutigen industriellen Entwicklung eine Vernichtung der Arbeiterbewegung unmöglich ist. Ueber stelle die Sozialdemokratie Forderungen, die weder im gegenwärtigen Staat, noch im Zukunftsstaate, noch in irgend einem anderen Staat der Welt jemals zu erfüllen sein werden. Denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und mit ihm des Staates führen. — Dann fuhr er fort:

„Deshalb muß man es doch begrüßen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstande des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staate, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des bürgerlichen, monarchischen Staates, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen ihre Wünsche verfolgen will, dann haben wir doch den dringlichsten Grund, eine solche Bewegung, wie die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet, die christliche Arbeiterbewegung ist noch gefährlicher, als die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, auch wenn sie noch so berechtigt ist, an sich unsympathisch ist.“

Diese treffenden, beherzigenswerten Ausführungen wurden schon vor den Wahlen von 1907 gemacht, sie verdienen nach dem Ausfall der Wahlen von 1912 doppelte Beachtung und praktische Beherzigung.

#### Aus der Krankenpflieger-Bewegung.

Der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörende Verband deutscher Krankenpflieger und -Pflegerinnen ist unablässig bestrebt, die Lage des Krankenpflegepersonals zu heben. Jetzt hat er zwei Eingaben, je eine an die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalten der Provinzen Hessen-Nassau und Posen gerichtet, worin die Wünsche des Pflegepersonals unterbreitet werden. Die erste Eingabe betrifft hauptsächlich die Verhältnisse der Landesheilanstalt Marburg und wünscht eine Erhöhung der Gehälter, eine Regelung der Dienstordnung, der Urlaubsverhältnisse und der Auszahlung des Wohnungsgeldes. Das Personal der Provinzialanstalten von Posen wünscht Aufbesserung der Gehälter, Regelung der Bekleidungsverhältnisse, Reformen in der Verpflegung und eine Erhöhung des Kostgeldes für die in Familienpflege untergebrachten Patienten. Als Begründung werden die verteuerten Lebensverhältnisse, die große Verantwortung und die aufreibende Arbeit des in der Krankenpflege tätigen Personals angeführt.

#### Die Neutralitätsbeweise des Buchdruckerverbandes

hat durch dessen Verhalten bei den letzten Reichstagswahlen eine drastische Beleuchtung erfahren. Neben der offensichtlichen Propaganda für die Sozialdemokratie in Versammlungen und im Verbandsorgan, neben Geldzuwendungen etc. ist auch noch im Stillen fleißig „Neutralität“ geübt worden.

Der offiziellen Einladung zum Verbands-Gautag von Rheinland und Westfalen lag ein Flugblatt bei, worin krasse Parteipolitik getrieben wird. Komitative und Zentum werden darin heruntergerissen und betont, daß darauf hingearbeitet werden muß, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl der

Reichstag eine andere Zusammensetzung erfährt. Diese Ver-  
 sätze kann aber nur dann beseitigt werden, wenn die sozial-  
 demokratische Fraktion wesentlich stärker in den nächsten Reichs-  
 tag einzieht. Es wird dann auf die Notwendigkeit hin-  
 gewiesen, die für unsere Kreis erscheinende (sozialdemokratische)  
 Arbeiterzeitung zu lesen, um an der Aufstellung der in-  
 teressanten und uns noch fernstehenden Arbeiterklasse für die  
 Wahl mitzuwirken zu können. Außerdem wird auf den sozial-  
 demokratischen Verein für den Wahlkreis Dortmund-Süd hin-  
 gewiesen und gesagt: „Es darf sich heute kein Gewerkschafts-  
 mitglied verschließen, auch Mitglied der politischen Organisa-  
 tion zu werden... es ist unbedingt notwendig, daß sich die  
 Gewerkschaftsmitglieder derselben anschließen und bei den Vor-  
 arbeiten für die Reichstagswahl fleißig mitarbeiten.“ Dem  
 Flugblatt sind angehängt ein Vorkursus auf die sozialdemo-  
 kratische Arbeiter-Zeitung und ein Aufnahmeformular in den so-  
 zialdemokratischen Verein. Ausdrücklich wird am Schluß be-  
 tonnt: „Wer noch nicht Leser der Arbeiter-Zeitung und Mit-  
 glied der politischen Organisation ist, fülle anhängenden Be-  
 fragschein und Aufnahmegericht aus und gebe ihm dem Funk-  
 tionär seiner Organisation oder in der Buchhandlung der Ar-  
 beiter-Zeitung oder in dem Parteisekretariat ab. In acht  
 Tagen soll eine Feststellung durch Fragebogen unter den Gewerks-  
 chaftsmittgliedern gemacht werden, wer Leser der Arbeiter-  
 Zeitung und Mitglied der politischen Organisation ist.“ Nach-  
 weis werden alle Gewerkschaftler „recht dringend“ ersucht, die  
 Bettel genau auszufüllen, „jeder komme dieser Pflicht unter-  
 ächtlich nach.“

Diese vollständig im Dienste der Sozialdemokratie stehende  
 Organisation ist aber nach wie vor unentwickelt genug, sich  
 als neutrale Buchdruckerorganisation auszugeben und es gibt  
 tatsächlich noch immer Leute, die den Schwindel für bare  
 Münze nehmen.

**Rundschau.**

Unter den englischen Bergleuten gährt es ganz  
 gewaltig. Wie die Zeitungen berichten, steht dort ein großer  
 Bergarbeiterkampf bevor, weil die Unternehmer in der Lohn-  
 frage keine genügenden Zugeständnisse machen wollen. Im  
 letzten Jahrzehnt sind in England die Arbeiterlöhne konstant  
 geblieben, teilweise sogar noch gesunken. Die Lebensmittelpreise  
 dagegen sind ganz enorm gestiegen. Aus dem Bericht der  
 sozialdemokratischen Gewerkschafts-Internationale geht hervor,  
 wie die „Konjunktur“ in Nr. 19 berichtet, daß im Freihandels-  
 land — England im Jahre 1910 die Löhne fast stehen ge-  
 blieben sind, während die Lebensmittel um 12 Prozent in die  
 Höhe gingen. Wie man sieht, ist also der Freihandel absolut  
 kein Heilmittel gegen Teuerungen und hohe Lebensmittelpreise,  
 wie die Genossen das seit Jahr und Tag verkünden.

Deutschland zeigt gegenüber England erfreulicherweise eine  
 ungleiche Entwicklung. Gewiß, bei uns haben die Lebens-  
 mittelpreise auch angezogen, doch die Lohnsteigerungen waren  
 höher. Zum Beweise hierfür sei nur an die Proklamation der  
 Generalkommission der freien Gewerkschaften, „Schiffsarbeiter  
 oder positive Erfolge“ erinnert. Darin heißt es Seite 85-86:  
 „Unsere Kämpfe über die Lohnsteigerungen und die  
 Verkürzung der Arbeitszeit beweisen nun klipp und klar,  
 daß die gewerkschaftliche Aktion selbst die Erhöhungen der  
 Lebensmittelpreise seit dem Inkrafttreten des neuen Zoll-  
 tarifs in den betreffenden Berufen überholt hat.“

Mit der Lohnsteigerung konform liegen in Deutschland die  
 Ausgaben für die Arbeiterversicherung. So war im Vergleich  
 nach der „Sozialen Praxis“ Nr. 20/1912 im Jahre 1857,  
 dem ersten Jahr nach der Knappschafts-Neuregelung, jede  
 Tonne geförderter Kohle mit 21 Pfennig sozialer Abgaben be-  
 lastet. Im Jahre 1907 liegt diese Summe auf 63 Pfennig  
 und 1910 auf 80 Pfennig. Diese Summe tritt um so höher  
 in Erscheinung, wenn berücksichtigt wird, daß die englischen  
 Unternehmer solche Ausgaben bis vor kurzem nicht hatten.

Unter diesen Umständen befindet sich der „Verknäpp-  
 durchaus im Recht, wenn es den Versuch ablehnt, die deutschen  
 Bergleute vor den englischen Karren zu spannen. Das wird  
 nämlich von den Genossen alten Erntes geplant, wie aus der  
 sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ vom 6. Februar her-  
 vorgeht. Dazu schreibt der „Bergknäpp“:

„Man wünscht die englischen Bergleute, wir sollten  
 aus lauter internationaler Solidarität unsere eigenen In-  
 teressen zurückstellen und die englischen fördern. Und das  
 nachdem die Engländer 1905 rückwärtslos die Gelegenheit  
 benutzten, um unserem Bergbau Abzugsgebühren abzufragen. Und  
 es besteht gar kein Zweifel: die Engländer würden auch  
 in Zukunft uns gegenüber jede Solidarität vermissen lassen.  
 Geht ihnen doch sogar jedes Solidaritätsgefühl ihren eigenen  
 Kameraden gegenüber. Es sei nur an ihre Stellung zum  
 Achtstundentag, zur Frauen- und Kinderarbeit erinnert und  
 an die Ausbeutung der ungelerten Arbeiter in England  
 durch ihre gelehrten Kameraden.“

Wir danken für die englischen Solidaritätsreden, die  
 uns verkünden wollen, unsere eigenen Interessen zu schädigen;  
 wir sorgen lieber für uns und unsere Volksgenossen.  
 Und wenn die Engländer denken, sie könnten durch ihr Ge-  
 schrei über Streit und internationale Solidarität die deut-  
 schen Bergleute verärgern, jetzt ohne weiteres auch in den  
 Streit einzutreten und dann schnell mit den englischen Ar-  
 beitergebern Frieden schließen und die gute Konjunktur aus-  
 nützen, so sind sie im Irrtum.“

Ganz andere Meinung. Der Solidarität will, muß zu-  
 nächst den Beweis erbringen, daß er sie im gleichen Maß auch  
 zu über bereit ist. Da die Engländer 1905 schmächtig ver-  
 sagten, wären die deutschen Bergleute Loren, wenn sie den  
 Engländern heute die Kohlen aus dem Feuer holen würden.

Eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen  
 hat die Zentrumspartei im Reichstag eingebracht, woraus  
 wir nachstehend die hervorheben wollen, welche die Metall-  
 arbeiter angehen.

Für die Arbeiter der Großindustrie fordert ein An-  
 trag die Erweiterung der Bundesratsperiode vom 19.  
 12. 1908 betreffend den Betrieb der Anlagen der Groß-  
 industrie und zwar dahingehend, daß 1. die regelmäßige Dauer  
 der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden festgesetzt wird,  
 2. die achtstündige Arbeitszeit für die vor dem Feuer be-  
 schäftigten Arbeiter eingeführt wird, 3. die Sonntagsarbeit  
 vollständig verboten wird, 4. die notwendige Ueberarbeit auf  
 das geringste Maß beschränkt wird, 5. Vorschriften betr. die  
 hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der Wäsche und  
 Bekleidungsgegenstände usw.

Für einen weiteren Antrag werden die veränderten Re-  
 gierungen ersucht, von der in § 120 a der Gewerbeordnung  
 gegebenen Vollmacht Gebrauch zu machen und Schanz-  
 schreiter für die in Messerschleifereien, bei der Herstellung von  
 Säuren und Leerfabren, von giftigen und explosiven Stoffen  
 beschäftigten Arbeiter zu erlassen.

Ferner ist beantragt worden, die Regelung möge sobald  
 als möglich Gesetzeswürke vorlegen, welche bezwecken: 1. den  
 Schutz und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes der  
 Arbeiter (§ 152 G.D.), insbesondere auch dahin, daß Ver-  
 einbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Ge-  
 brauchs des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden,  
 2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge  
 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, 3. eine auf frei-  
 williger Grundlage aufgebaute Regelung der privat-  
 rechtlichen und öffentlichrechtlichen Verhältnisse der Berufsver-  
 eine aller Art.

Der Reichskanzler wird in einem anderen Antrag ersucht,  
 im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle zur Förderung der  
 Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu  
 errichten und diese mit der Zeit zu einem Reichsbeiratsamt  
 fortzubilden.

Ebenfalls von sehr großer Bedeutung ist ein Antrag, der  
 zur Vorbereitung künftiger Handelsverträge bessere Grundlagen  
 schaffen will. Im einzelnen verlangt dieser Antrag: 1. eine  
 umfassende Produktionsstatistik im Inlande für die einzelnen  
 Erzeugnisgruppen, wobei die mit ihrem Absatz auf die Land-  
 wirtschaft angewiesenen Gruppen des Kleinhandels und Hand-  
 werks besonders behandelt werden sollen; 2. Erhebungen über  
 die Produktionsverhältnisse, insbesondere über Gewinnung von  
 Rohstoffen, Bodenpreise, Löhne, Lebenshaltung der Arbeiter-  
 schaft, soziale Lasten usw. der mit dem deutschen Volk haupt-  
 sächlich im Wettbewerb stehenden fremden Staaten und diese in  
 einer Denkschrift dem Reichstage zugehen zu lassen; 3. bei den  
 bevorstehenden Verhandlungen über die neuen Handelsverträge  
 auf eine größere Gleichmäßigkeit in der sozialen Gesetzgebung  
 der beteiligten Länder im Sinne eines möglichst großen Fort-  
 schritts hinzuwirken.

Eine Neuregelung des Reichsvereinsgesetzes wird ebenfalls  
 gefordert. Der Antrag wünscht die Vorlegung eines Geset-  
 entwurfes, der 1. das Verbot des Gebrauchs einer nicht-  
 deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) auf-  
 hebt; 2. das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an  
 politischen Vereinen und Versammlungen (§ 17) beseitigt; 3.  
 das Recht der Polizeibehörde, Beauftragte in öffentliche Ver-  
 sammlungen zu entsenden (§ 13), in einschränkender Weise  
 karfisiert; 4. die Ausübung des Versammlungsrechtes gegen  
 Verhinderung durch polizeiliche Anordnung über die Polizei-  
 stunde schützt; 5. für die öffentliche Bekanntmachung einer  
 Versammlung (§ 6) deren Bekanntgabe in einer Zeitung, welche  
 in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird,  
 als genügend erklärt.

Diese Anträge bewegen sich, wie man sieht, in durch-  
 aus fortschreitendem Sinne. Hoffentlich läßt ihre Verwirk-  
 lichung nicht zu lange auf sich warten.

Für Auffüllung seiner Kriegskasse beschreitet  
 der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Rheinland und  
 Westfalen einen ganz eigenartigen Weg. In einem Rund-  
 schreiben legt er seinen Mitgliedern auseinander, wie Mittel  
 aufgebracht werden können, „ohne daß seine Mitglieder selbst  
 irgendwie dadurch belastet werden“. Der Westdeutsche Arbeit-  
 geberbund will die Mittel zur Aufbringung des Wehrschages  
 von den Baumaterialienhändlern und sonstigen Lieferanten  
 erheben, indem diese bei den Aufstellungen von Rechnungen ein  
 Prozent des jeweiligen Rechnungsbetrages an den West-  
 deutschen Arbeitgeberbund zahlen sollen. Diese Zahlung soll  
 in der Form geschehen, daß die Händler bei dem Westdeutschen  
 Arbeitgeberbund Marken kaufen und letztere in entsprechender  
 Höhe auf ihre Rechnung stellen. Die Mitglieder des Ar-  
 beiterbundes sollen nur von solchen Händlern beziehen,  
 die sich diesen Bedingungen unterwerfen. Nach dem Rund-  
 schreiben des Westdeutschen Arbeitgeberbundes stehen die organi-  
 sierten Händler der Sache imhätlich gegenüber und haben  
 die nichtorganisierten Händler sich überall ohne weiteres zur  
 Uebernahme jener Belastung bereit erklärt.

Letztere Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Die  
 „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht am 11. Februar eine  
 ganze Anzahl von Korporationen, welche diesen ungemöhnlichen  
 Besteuerungsversuch ablehnen. Diese sind: Verband Vereinigter  
 Baumaterialienhändler Deutschlands zu Leipzig, Baumaterialien-  
 verein Eisen, Ziegelhändlerverleinsverein, Verein der Holz-  
 industriellen für Rheinland und Westfalen (besten Geschäfts-  
 führung in Händen des Abg. Dr. Deumer liegt), Verein Duis-  
 burger Holzhändler, Verein rheinisch-westfälischer Spundholz-  
 Bementhändler zu Düsseldorf, Verein Deutscher Portland-  
 Bementfabrikanten zu Berlin, Rheinisch-Westfälisches Zement-  
 Syndikat zu Bochum u. a. m. Die gleiche Stellung nehmen  
 namhafte Großindustrielle ein.

Alle diese Verbände wollen zwar die Bauunternehmer  
 bei Streiks und Ausperrungen tatkräftig unterstützen, sind  
 auch zu entsprechenden Verhandlungen bereit, trotzdem wollen  
 sie die geplante „Rechnungssteuer“ nicht. Herr Schmiedehaus  
 wird also schon neue Pläne ausdenken müssen, wie er die Gelber  
 zur Vernichtung der Tarifgemeinschaft im Baugewerbe zusam-  
 menbringt.

Die Arbeiter mögen aus diesem Vorgang erkennen, wie die  
 Scharfmacher unablässig auf die Stärkung ihrer Kriegskasse  
 bedacht sind, um die Arbeiterklasse niederzuringen. Durch  
 vermehrte Opferwilligkeit müssen die arbeitslosen Arbeiter die  
 Scharfmacherpläne zu nichte machen. Kollegen, gebt die rechte  
 Antwort.

Die „Mitteilungen“ der Hauptstelle Deutscher Ar-  
 beiterverbände sind mit dem Ausfall der Reichstagswahlen  
 äußerst unzufrieden. Der „Arbeitgeber“ meint: „Nicht ein  
 einziger Vertreter eines Arbeitgeberverbandes konnte den Ar-  
 beitersekretären auf der Tribüne des Reichstages gegenüber-  
 treten und nicht ein einziger Vertreter der mehr als 2500 Ar-  
 beiterverbände vermochte unmittelbar gewerkschaftlichen In-  
 terdellationen, Anfragen, Behauptungen und Anträgen ent-  
 gegenzutreten“. Wir haben nicht die Absicht, auf die politische  
 Seite dieses Notstandes einzugehen. Feststellen wollen wir  
 nur, daß die Reichstagsabgeordneten, welche christliche Gewerk-  
 schaftler sind, von ihrer jeweiligen politischen Partei in den  
 Reichstag entsendet wurden und nicht von den christlichen Ge-  
 werkschaften. Wenn dieselben politischen Parteien keine Mit-  
 glieder von Arbeitgeberverbänden in den Reichstag schickten,  
 dann mag das für die Arbeitgeberverbände ja unangenehm  
 sein, es ist aber verständlich. Solange die Unternehmerver-  
 bände, deren Mitglieder selber in den Handelskammern eine  
 Berufsvertretung haben, den Arbeitern eine solche verweigern,  
 — und dessen rühmte sich ja unlängst auch Herr Stresemann  
 vom Bund deutscher Industrieller —, werden sich die Wähler  
 befinden, solche Scharfmacher zu wählen. Ebenso war der  
 Widerstand des Unternehmers gegen die Lohnämter  
 im neuen Hausarbeitsgesetz keine Empfehlung für sie, und so ist's  
 mit vielen anderen sozialpolitischen Dingen. Wir hoffen ja  
 nicht, daß die Herzen ihre Scharfmacherei aufgeben werden,

dafür sind sie viel zu unentwegt; wünschen möchten wir aber,  
 daß einsichtige Industriellenkreise den Scharfmachern den Lauf-  
 paß geben, damit endlich alle Stände und Erwerbstreife,  
 die es mit dem deutschen Vaterland ernst meinen, Hand in  
 Hand an seinem weiteren Ausbau arbeiten können. Zeit dazu  
 ist es nachgerade geworden.

Der Wert des Außenhandels von Deutschland  
 und England kommt immer näher zusammen. Vor 20 Jahren  
 machte der Wert des deutschen Außenhandels erst 68%, vor  
 10 Jahren bereits 66% und im Jahre 1911 bereits 84% des  
 Wertes des Außenhandels Großbritanniens aus. Im Jahre  
 1891 war der letztere dem deutschen noch um 5 400 Millionen  
 Mark voraus, im Jahre 1901 nur noch um 5 100 Millionen  
 Mark, und im Jahre 1911 war dieser Vorsprung gar schon  
 auf 3 400 Millionen M. zusammengedrumpft. Der deutsche  
 Außenhandel rückt also dem britischen nicht nur immer näher  
 und näher, sondern auch in immer höherer Gangart.  
 Der Wert der Einfuhr und Ausfuhr von Waren ent-  
 wickelte sich folgendermaßen (alles in M.):

	Großbritannien		Deutschlands	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1891	7 632 000 000	5 051 000 000	4 151 000 000	3 178 000 000
1901	9 625 000 000	5 712 000 000	5 421 000 000	4 431 000 000
1907	11 290 000 000	8 691 000 000	8 747 000 000	6 845 000 000
1908	10 472 000 000	7 693 000 000	7 684 000 000	6 393 000 000
1909	10 881 000 000	7 715 000 000	8 527 000 000	6 594 000 000
1910	11 723 000 000	8 784 000 000	8 930 000 000	7 455 000 000
1911	11 788 000 000	9 267 000 000	9 545 000 000	8 102 000 000

Mithin liegt innerhalb der letzten 20 Jahre Deutschlands  
 Einfuhr um 5 394 Mill. M. (oder um 130%), diejenige Groß-  
 britanniens aber bloß um 4 156 Mill. M. (oder um nur  
 54%), Deutschlands Ausfuhr um 4 926 Mill. M. (oder um  
 155%), jene Großbritanniens aber nur um 4 216 Mill. M.  
 (oder bloß um 83%). Somit sank Großbritanniens Vorsprung  
 bei der Einfuhr von 3 481 Mill. M. auf 2 243 Mill. M.,  
 bei der Ausfuhr von 1 875 Mill. M. auf 1 165 Mill. M.  
 Mit dem Einholen des Vorsprungs der Einfuhr brauchen  
 wir uns freilich gar nicht zu beäuen; denn Großbritannien  
 ist beim Bezug der notwendigen Lebensmittel ganz aufs Aus-  
 land angewiesen — ein keineswegs erfreulicherer Zustand!  
 hatten doch die Nahrungs- und Genussmittel, welche Groß-  
 britannien im Jahre 1911 aus dem Ausland bezog, einen  
 Wert von 5 392 Mill. M., welche Summe 46% des Wertes  
 der gesamten Einfuhr Großbritanniens darstellt! Tagelang  
 machen Nahrungs- und Genussmittel glücklicherweise bloß 25%  
 der gesamten deutschen Einfuhr aus, und entfallen von dieser  
 75% auf Rohstoffe und halbfertige Erzeugnisse für deutsche  
 Gewerbe. Dafür ist uns allerdings Großbritannien bei der  
 Ausfuhr noch überlegen; denn 82% derselben bestehen aus  
 Erzeugnissen des Gewerbesleises, gegen 65% bei der Ausfuhr  
 Deutschlands. Der Wert der zur Ausfuhr gelangten Erzeugnisse  
 des britischen Gewerbesleises übertragt den entsprechenden der  
 deutschen Ausfuhr um rund 2 600 Millionen M.

Aus der Metallindustrie. Für die allgemein  
 günstige Geschäftslage in der Metallindustrie sprechen die Preis-  
 erhöhungen, welche auf der ganzen Linie vorgenommen wer-  
 den. Zu den in der vor. Nr. genannten können wir heute  
 eine weitere fügen. Der Wellrohrverband erhöhte die Grund-  
 preise für Wele und Böden um 5 M. und für Wellrohre  
 um 10 M. die Tonne. — Ein schlechtes Ergebnis hatte im ver-  
 gangenen Jahre die Werkzeugmaschinenfabrik Köln zu ver-  
 zeichnen. Einschließlich des vorjährigen beträgt der Verlust  
 jetzt 785 000 M., was mehr als die Hälfte des Aktienkapitals  
 ausmacht. Dieses soll in Verhältnis von 3 zu 1 zusamen-  
 gelegt und dann durch Ausgabe von neuen Aktien um 800 000  
 Mark erhöht werden. — Die Adlerwerke in Frankfurt a. M.  
 erzielten im letzten Jahre einen Reingewinn von 3 522 068 M.  
 Die Aktionäre sollen wie im Vorjahr 30% Dividende erhalten.  
 — Die Fusion zwischen dem Stahlwerk in Dortmund und  
 dem Wittener Stahlrohrenwert ist endgültig gescheitert. Sie  
 konnten nicht zueinander kommen, weil die Wittener zu viel  
 forderten und Bösch zu wenig bot.

„Bismarck für Scheidemann“ überschrieb der „Vor-  
 wärts“ am 12. Februar 1912 einen Artikel, worin er nach-  
 weisen versuchte, daß die Sozialdemokratie Anspruch auf  
 Sitz und Stimme im Reichspräsidentium habe. Dafür wird  
 das „Zentralorgan“ der deutschen Sozialdemokratie von der  
 radikalen „Einigkeit“ am 17. Februar 1912 folgendermaßen  
 zurechtgestellt:

„Wir empfehlen den Genossen der Sozialdemokratie von  
 Berlin und Umgegend, einen Demonstrationzug nach den  
 Müggelbergen zu veranstalten, an der Spitze den Vize-  
 präsidenten Scheidemann, dann die anderen 109 Abgeord-  
 neten und die Vorwärtsredaktion marschieren zu lassen und  
 dann zu Ehren... Otto von Bismarcks... die so-  
 zialdemokratische Reichstagsfraktion an der dort stehenden  
 „Bodans“säule aufzuhängen, — wenn auch nur das Frak-  
 tionsbild. Der Vorwärtsredaktion aber aufzugeben, aus  
 eigenen Mitteln auf der Bismarcksäule zu Ehren ihres  
 „großen Allierten“ ein Feuerwerk abzubrennen.“  
 Wenn fallen angesichts dieser Liebeshandlungen nicht  
 die Worte ein: „O, wie lieblich ist's im Kreis...“!

Es geht schon wieder los. Als im Jahre 1903  
 die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen auch einen  
 „Sieg“ erlachten, glaubten die Genossen aus „eigener Kraft“  
 den Zukunftsstaat einrichten zu können. Doch die „Real-  
 politiker“ unter ihnen waren anderer Meinung. Sie sagten  
 nichts sondern handelten; sie — schrieben nämlich in bürger-  
 lichen Blättern Artikel über die Aufgaben der Sozialdemo-  
 kratie, worin sie mit edel revisionistischer Verschlagenheit Stim-  
 mung für einen Grobblock machten. Mit steigendem Unbe-  
 haben sehen die „Programmfesten“ diesen Abtrünnigen zu.  
 Da inzwischen die Folgen der Blockpolitik in Frankreich mit  
 ihrer torumpierenden Wirkung in Erscheinung traten, hatte  
 die Stunde der Uebeltäter geschlagen. Vestigia terrant! Und  
 der Dresdener Jungbrunnen raute und schäumte; August Webel  
 spielte den „rocher de bronze“, die Sünder sagten Vater peccavi  
 und sie wollten sich nicht wieder tun — bis auf Heinrich Braun,  
 der ins Exil mußte. Scheinbar war er es nur allein, doch  
 kurz darauf folg auch die „Vorwärtsredaktion“, die nicht ganz  
 stubenrein erschien.

Heute nun, nach dem neuen „Sieg“, zeigt sich schon wie-  
 der ein Wetterleuchten verbunden mit bummelndem Donnerrollen  
 im sozialdemokratischen Lager. Doktor August Erdmann ist  
 in Dortmund und Franz Feuerstein in Weilbrunn gewählt  
 mit Hilfe bürgerlicher Stimmen. Die beiden „Salonproletarier“  
 sagen, wie es in gut „bürgerlichen“ Häusern, wo der „Künige“  
 nicht fehlt Sitte ist, ihren bürgerlichen Wählern Dank und  
 versprechen wie ein Kommiss, sich des geschenkten Vertrauens  
 würdig erweisen zu wollen. „Das fehlt gerade noch“, denkt

der „Vorwärts“ und führt sie beide am 31. Januar folgendermaßen an:

„Die „Medar-Zeitung“ ist ein bürgerliches Blatt. Franz Feuerstein ist der sozialdemokratische Kandidat, der im Kreise Weilsbrunn-Besigheim gewählt wurde. Ein solcher Dankbarkeits-Uberschwang eines Sozialdemokraten in einem bürgerlichen Blatte ist noch deplacierter als die Dankagung des Genossen Erdmann in einem Parteiblatt. . . . Zu solchen Gefühlsbuseleien lag . . . nicht die geringste Veranlassung vor.“

So, die beiden haben ihren Teil und können sich nun die schmerzenden Stellen reiben. Doch sie sind noch nicht kuriert. Erdmann meint unwirsch in der Dortmunder Arbeiterzeitung, der Vorwärts verzapfe müßiges Gerede. Franz Feuerstein erklärte in seinem Wahlkreise, die sozialdemokratische Partei trete für die Verbeibaltung der Brandweinliebessgabe ein. Und in einem Bauernort des Wahlkreises Hannstadt erklärte der sozialdemokratische Abg. Keil, von einer Abschaffung der Getreidezölle im nächsten Reichstage könne keine Rede sein, das wäre unsinnig und unmöglich, denn das würde in das deutsche Wirtschaftsleben allzumächtige Erschütterungen bringen. Hannstadt liegt unseres Wissens bei Stuttgart, wo das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sein Domizil aufgeschlagen hat und Weilsbrunn liegt nicht weit davon. Was sie, die „Metallarbeiterzeitung“ nämlich, zu diesen sozialdemokratischen „Bolschewerern“ und „Schnapssjunkerbesitzkern“ sagen wird, darauf sind wir wirklich gespannt. Eigentlich müßte ja Wilhelm Säusgen, der X-Korrespondent, die Antwort geben; denn nach kürzlich schlug er als edler und zielbewußter Genosse den „Schnapsschloß“ zum soundsowjeltigen Male in Trümmer.

Zu denen, die aus der Reihe tanzen, gesellt sich auch Eduard Bernstein. Im Stuttgarter „Neue Tagblatt“ veröffentlicht er, wie die Essener „Arbeiterzeitung“ Nr. 36/1912 berichtet, einen Artikel über „Das Problem des neuen Reichstages“. Darin spinnt er seinen Faden von 1903 weiter und kommt natürlich wie auch in einem ähnlichen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu dem Schluß: Sozialdemokraten, Fortschrittler und Jungliberale werden durch gemeinsames Zusammenhalten die Welt erobern. Doch die „Essener Arbeiterzeitung“, der „Vorwärts“ u. a. m. nehmen sich den Ehe gründlich vor. Die „Essener Arbeiterzeitung“ häßet ihn folgendermaßen ab:

„Den Lesern des Blattes, dessen sich Genosse Bernstein zur Publikation seiner Sehnsüchte bedient, wird der gebotene Schmauß sehr munden. Auf die große Masse derer aber, die wir noch zum Klassenbewußtsein erwecken, für den Massenkampf organisieren und schulen müssen, laun die Bernsteinsche Politisiererei nur verwirrend und einschläfernd wirken. In einem Blatte von der Qualität des Neuen Tagblatts veröffentlicht, dazu noch just an dem Zeitpunkt, da die Parteiorganisation im schärfsten Kampfe gegen dieses Prekzeptil steht, wirkt ein solcher Artikel eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten direkt korumpierend.“

Wie eingangs schon erwähnt, ging 1903 ähnlich. Vebel rauchte dann die „Freiheits- und Gleichheitsmänner“ zurecht: „Ich werde nicht bulden“, „Ich werde die Ohren zurechtrücken“, „Ich werde den Schild der Partei rein halten“ usw.

Wie es jetzt werden wird? Uns kann es gleich sein; vorläufig praxisiert Pöhlitz Scheidemann im tabellosten Gehrock, bis die enttäuschten Massen merken, daß sie die Düpierten und Betrogenen sind. Die vorher am lautesten „Surra“ parden „Sollanna“ schrien, die werden dann kaltblütig rufen: „Ans Kreuz mit ihnen!“

Den christlichen Arbeitern sagen wir damit nicht Neues; sie wissen daß die Welt nicht mit Schlauworten, sondern nur durch schwere Arbeit voran zu bringen ist. Trotzdem ist es nützlich auf diese Dinge hinzuweisen, damit sie den sozialdemokratischen Wortathleten in den Werkstätten das rote Capua in seiner ganzen Stillosigkeit zeigen.

### Streits und Lohnbewegungen.

**Wengern a. d. Ruhr.** Verhältnisse, wie sie nicht sein sollen, herrschen zurzeit auf dem hiesigen Stahlwerk Mark. Bereits im Vorjahr ist es wiederholt zu ernstlichen Differenzen gekommen. Damals versprach indes die Direktion für Abhilfe zu sorgen, und die Arbeiter gaben sich zufrieden. Auscheinend ist aber das gerade Gegenteil von Besserung eingetreten. In allen Abteilungen klagt man über die Antreiberei, die inzwischen gang und gäbe ist. Mehrere Entlassungen erfolgten wegen „ungenügender Leistungen“, oder wegen des „Saufens“. Eigentümlicherweise waren es regelmäßig Vertrauensleute der einzelnen Organisationen. Vor einigen Monaten wurde für die Dreherei und Bügerei das „Generalarbeitsloshem“ eingeführt. Vorgekommen ist es nun zu wiederholten Malen, daß einzelnen Arbeitern am Lohnungstage Beträge von 70, 80 und mehr Pfennigen fehlten. Erst nach wiederholter Reklamation sind die Beträge nachgezahlt worden. Wer sich über den geringen Verdienst beklagt, dem wird eröffnet, „wem es nicht paßt, der kann gehen“. Die Hülfarbeiter, welche manchmal nachts arbeiten müssen, bekamen sonst dafür 10 Stunden angerechnet, die Pause wurde mitbezahlt. Auch dieser Modus ist verschwunden. Nunmehr wird die Nacharbeit nur mit acht Stunden in Anrechnung gebracht. Es ist erklärlich, daß die betr. Kollegen sich dafür bedanken, unter solchen Umständen noch Ueberarbeit zu leisten. Die Leittragenden sind die Formier, welche des Morgens auf Material z. warten müssen. Den Ubladern wurde ebenfalls vor kurzem ein Abzug befohlen.

Wiederholte Verhandlungen des Arbeiterausschusses waren ohne Erfolg. In einer geradezu provokatorischen Art wurde der Ausschuss in der letzten Ausschußsitzung behandelt. Der Herr Direktor Sommerwert meinte u. a.: „Halten Sie Ihr Maul“, „Ihrechen Sie kein Wort mehr, sonst zeige ich Ihnen etwas anderes“, „heraus mit der Sprache, was wollen Sie“. Für die Hüger will man reichlich Ersatz bekommen können. Ein Betriebsbeamter, der bis vor kurzem bei einer Düsseldorf-Firma beschäftigt war, hat sogar die Garantie dafür übernommen, reichlich Arbeitskräfte zu beschaffen, die bereit sind, für 36 Pfennig die Stunde zu arbeiten. Die Arbeiter haben mit Recht beschlossen, gegen die Verhältnisse auf dem Stahlwerk Mark Front zu machen. Vorab ist die Sperre verhängt. Öffentlich erwachen nunmehr auch die Kollegen, welche bisher es nicht für notwendig befunden haben, der Organisation beizutreten. Nicht zuletzt ist es die Gleichgültigkeit dieser Arbeiter, welche Schuld an den eingetretenen Verhältnissen trägt. Sollen durchgreifende Verbesserungen geschaffen werden, dann: Aufgerafft! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionsluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort. **Meppen.** Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Reallohnrechtes — gesperrt.

**Zwiflingen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Siegen.** Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkeret in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Frier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeklommenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Altmynner- und Installationsbranche gesperrt. Anreisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

**Gschweiler.** Bei der Firma Gschweiler-Naßnaer Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Eisenbrechern, Hoblern, Fräsern zc. ist streng fernzuhalten.

**Reheim.** Bei der Firma Cöppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

**Düsseldorf.** Ueber den Betrieb der Firma „Düsseldorfer Mährenindustrie“ ist die Sperre verhängt. Zugzug von Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

**Wengern a. d. Ruhr.** Ueber das Stahlwerk Mark ist die Sperre verhängt.

**Hamm.** Auf der Westf. Herdfabrik G. W. Wilms stehen die Schlosser wegen U.ordabzügen im Streit.

**Zugzug ist fernzuhalten.**

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. Februar 1912 der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Februar bis 2. März 1912 fällig.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Schweidnitz.** Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 3. Februar im „Goldenen Kof“ statt. Der Besuch hätte jedoch etwas besser sein können. Der Vorsitzende Kollege Müller erstattete nach der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung den Jahresbericht. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß unsere Ortsgruppe in erfreulicher Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Während wir in früheren Jahren sehr viele jüngere Kollegen in unserer Zahlstelle aufweisen konnten, ist es uns jetzt gelungen, auch eine Anzahl älterer Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Viele erwiesen sich als treue Mitglieder und in allen Verbandsinteressen als uneigennützig Veräter. Auch hatten wir bei den Beisitzerwahlen zum Gewerkegericht die Freude, einen Verbandskollegen mit hinein zu bringen, während früher nur Mitglieder der „freien“ sozialdemokratischen Organisationen darin saßen. Aus dem Klassenbericht sei folgendes wiedergegeben: Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 872,10 M., die Ausgaben der Hauptkasse 434,02 M., mithin konnten an die Zentrale abgeführt werden 438,08 M. Die Kassenführung gab zu Einwendungen keinen Anlaß und wurde deshalb dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die nun getätigte Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Müller wurde als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Dreiter, als Kassierer Kollege Wittig, als Schriftführer Kollege Pohl, als Beisitzer und Revisoren die Kollegen Kleiner und Nowak gewählt. Sämtliche Gewählten nahmen mit Dank die Wahl an und versprachen, stets gewissenhaft ihre Ämter zu verwalten. Kollege Müller forderte dann zum Schluß der Versammlung die anwesenden Kollegen mit anfeuernden Worten zu reger Weiterarbeit im Dienste unserer Sache, der Sache unseres aufstrebenden Standes, auf; jeder müsse im neuen Jahre eine Anzahl Mitglieder für unsern Verband gewinnen, damit die Zahl derer, die den christlichen Gewerkschaften angehören, immer größer werde.

Kollegen, auf zur Tat! „Wer rastet, der rostet!“ sagt ein altes Sprichwort. Jeder muß mitarbeiten, wenn wir mit unserer Bewegung vorwärts kommen wollen; deshalb müssen wir alle ohne Ausnahme die Worte unseres 1. Vorsitzenden beherzigen und immer, wo es auch sei, zum Besten unserer Organisation tätig sein. Denn: Ohne Kampf kein Sieg!

**Böhrenbach im Schwarzwald.** Die hiesige Zahlstelle unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 1. Februar im Vereinslokale Reichsader ihre Jahresgeneralversammlung ab, die sich aber behauerlicherweise keines gerade glänzenden Besuchs erfreuen konnte. Nach Erstattung des Jahresberichtes wurde die Wahl des Gesamtvorstandes sowie der Kassens revisoren und Vertrauensleute vorgenommen. Die Wahlen brachten keine Erneuerungen, die alten wurden wiedergewählt. Kollegen, mit der Erledigung dieses Punktes ist aber noch keineswegs genug getan, jetzt heißt es, weiter arbeiten in der Agitation! Nur dadurch kann die Arbeit des Vorstandes für unsere Interessen fruchtbar gestaltet werden. Gerade in letzter Zeit hatten wir viel zu kämpfen mit gewissen Gegnern, und da müssen wir auf der Hut sein, sonst werden wir über Bord geworfen. Von den roten Gegnern, die nicht einmal imstande sind, eine eigene Zahlstelle ins Leben zu rufen, können wir uns nicht dirigieren lassen. Da müssen wir unbedingt zusammen arbeiten, das fordert von uns Ehre und Pflicht. Also, Kollegen, haltet fest und treu zusammen; werbet neue Mitglieder! „Einer für Alle, Alle für Einen!“ denn nur mit vereinter Kraft man großes schafft.

**Reheim.** Unsere Jahresgeneralversammlung am 4. Februar war ziemlich zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Kollege Hege mann eröffnete kurz nach 5 Uhr mit warmen Begrüßungsworten die Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls und Bekanntgabe der 4. Quartalsabrechnung, erstattete der Vorsitzende den Jahres- und Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 20 127,50 M., die Ausgabe 4786,76 M., darunter 2169,71 M., welche an Unterstützungen zur Zahlung gelangten. Der Hauptkasse in Duisburg konnte mit-

hin der Betrag von 15 340,74 M. überwiesen werden. Der Bestand der Lokalkasse stieg von 962,50 M. am Jahresanfang auf 1451,11 M. am 1. Januar 1912. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1911 602, dagegen am Jahresluß 1055, so daß eine Zunahme von 453 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Versammlungen wurden abgehalten: Klassenversammlungen 117, Bezirksversammlungen 103 und Verbands- und Vertrauensmännerversammlungen 43. Drei Unterrichtskurse, darunter ein studentischer Arbeiterkurs, boten neben einer ziemlich umfangreichen Bibliothek den Mitgliedern Gelegenheit zur geistigen Weiterbildung. Durch eine Anzahl Lohnbewegungen wurde innerhalb der Ortsverwaltung Neheim für 264 Arbeiter eine Mehrlohnsumme von pro Jahr 80 085,50 M. erzielt, ferner eine Arbeitszeitverkürzung von pro Jahr 780 Stunden. Am Schluß seines Berichtes dankte Kollege Hege mann allen Vertrauensmännern und Mitgliedern, die im verfloßenen Jahre treu mitgearbeitet haben und bemerkte, daß die drei abgehaltenen Hausagitationen gemäß der Beteiligung der Kollegen auch einen entsprechenden Erfolg gebracht hätten.

Die anschließende Diskussion beschäftigte sich hauptsächlich mit dem weiteren Ausbau der agitatorischen Kleinarbeit. Es wurde beschlossen, für jeden Bezirk ein Agitationskomitee und für die einzelnen Betriebe Bezirksbeauftragte mit Kontrollkarten einzuführen. Der Bezirksleiter Kollege Dittfischer aus Essen zeichnete hierauf in großen Zügen ein Gesamtbild der gegenwärtigen Situation und bemerkte, daß bei der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Lage die christlichen Arbeiter allen Grund hätten, mit der alten Begeisterung an dem weiteren Ausbau ihrer Berufsorganisationen und an der nötigen Aufklärung der Judisferenzen weiterzuarbeiten. Nach Erledigung der Vorstandswahl ernannte der Vorsitzende in seinem Schlußwort die Mitglieder zu eifriger Mitarbeit und schloß mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband die Versammlung.

Und nun Kollegen, weiter an die Arbeit. Das Jahr 1911 hat uns gezeigt, daß eifrige Werbetätigkeit mit der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Hand in Hand geht. Wollen wir weitere Erfolge erringen, so müssen alle Kollegen mitarbeiten. Denn:

„Der Mensch bedarf des Menschen sehr zu seinem großen Ziele: Nur in dem Gange wirkt er, viel Tropfen geben erst das Meer.“

**Stuttgart.** Am 4. Februar hielt unsere Ortsverwaltung ihre Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Gengler. Die Ortsverwaltung Stuttgart hatte 1911 ein Jahr voller wichtiger Ereignisse. An Lohnbewegungen und Streiks hatten wir 6 zu verzeichnen. Die wichtigsten waren die Flaschner- und Schlosserbewegung. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der hier in der roten Hochburg seine Zentrale hat, suchte auf alle mögliche Weise unsern Verband an die Wand zu drücken. Deshalb waren wir öfters gezwungen, in scharfem Kampfe gegen die roten Machtgelüste auch unsern Kollegen das Recht auf Arbeit zu sichern. Darob hub in Genossenlager dann ein Geschrei über angeblichen „Streikbruch“ der bösen Christlichen an. Nach wie vor werden wir aber auch im roten Stuttgart unsere Selbständigkeit wahren. Wollen uns die Genossen durch den Terror verunsichern, so werden wir stets unser Recht auf Arbeit mit allen erlaubten Mitteln zu verteidigen wissen. — Durch die Bewegungen gelang es, auf den verschiedenlichen Gebieten eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Auch in der Mitgliederbewegung hat unsere Gruppe die erfreuliche Zunahme von 90 Prozent zu verzeichnen. Uebertritte aus anderen Verbänden, meistens aus dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, hatten wir 39 zu verzeichnen.

Ein Umstand, der außerordentlich viel Arbeit in der Verwaltung verursacht, ist die Fluktation. Die Zu- und Abreisen, wie auch der Wechsel in den Arbeitsstellen sind sehr bedeutend. Eine unserer Hauptaufgaben muß deshalb neben der Gewinnung neuer Mitglieder, in der Erhaltung der gewonnenen Kollegen bestehen. Hier läßt auch das An- und Ummelden noch viel zu wünschen übrig. Dann sollte auch jeder Wechsel der Wohnung und der Arbeitsstelle sofort persönlich oder durch den Vertrauensmann auf der Geschäftsstelle gemeldet werden. Nur dann ist eine Kontrolle und eine gewissenhafte Bedienung der Kollegen durchführbar. Der Ortsverwaltung gehören noch folgende Sektionen an: Cannstatt, Feuerbach, Ludwigsburg, und Ruffenhausen. Im Berichtsjahre fanden statt: 3 öffentliche Versammlungen, 51 Mitgliederversammlungen, 11 Bezirksversammlungen und 33 Verbands- und Vertrauensmännerversammlungen. Im allgemeinen dürfte der Versammlungsbesuch ein besserer sein. Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Versammlungswesens wird leider von sehr vielen Kollegen noch nicht genügend erkannt und gewürdigt.

Die Klassenverhältnisse haben ebenfalls eine Besserung zu verzeichnen. Die Einnahmen der Zentrale betragen 5595,55 M., Ausgaben 2333,85 M., an die Zentrale konnten 3265,10 M. abgeführt werden. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 207,06 M., eine Gesamtausgabe von 1612,70 M. Dank der erhöhten Opferwilligkeit der Kollegen, die freiwillig ohne Generalversammlungsbesuch ihren wöchentlichen Lokalkontribut auf 15 und 20 Pf. erhöhten, war es möglich, der Lokalkasse eine bessere Grundlage zu geben. Ein ehrendes Zeugnis für die gewerkschaftliche Einsicht der Kollegen. Wir wissen, daß ohne gute Klassenverhältnisse der Verband wie auch die Lokalkasse nicht leistungsfähig sind. Der echte Gewerkschaftler sieht den Vortzug einer Organisation nicht in niederen, sondern in hohen Beiträgen. Die kommenden großen Kämpfe werden uns dies noch zeigen. Die Kranken- und Sterbeladen-Agitationsmanie der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbände brauchen wir uns keineswegs zu eigen machen.

Zum Schluß seiner Darlegungen richtete der Berichterstatter an alle Kollegen den Appell, im Jahre 1912 noch mit vermehrten Kräften zur inneren und äußeren Erklarung des Verbandes und damit auch zur Erklarung unserer Sache selbst mitzuarbeiten. Wenn jeder sich fühlt und gibt als ein lebendiges Mitglied, als Agitator, dann wird der Erfolg für unsere Sache nicht ausbleiben.

Die alten Vorstandsmitglieder wurden dann mit wenigen Ergänzungen fast einstimmig wieder gewählt. Mit einem Dankeswort an alle Kollegen und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband schloß dann Kollege Fildinger die gut verkaufene Generalversammlung. Mögen die Kollegen nun frisch an die Werberarbeit gehen und das Versprochene und Gehörte in die Tat umsetzen.

**Hamburg.** Die am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung unserer Ortsgruppe nahm einen guten Verlauf. Wenn schon die Kollegen sich zahlreich eingefunden hatten — es waren doch noch eine Anzahl Gleichgültige, welche sich

so gern in der Meinung wiegen, auf einen mehr oder weniger Unannehmlichkeiten an, der Versammlung fern geblieben. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Es wurden im Berichtsjahre abgehalten 3 öffentliche und 22 Mitglieder- und Vertrauensmännerversammlungen, 5 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 4 Betriebsversammlungen. Vorträge belehrender Natur wurden 7 gehalten. Nicht immer war der Besuch der Versammlungen befriedigend. Lohnbewegungen hatte die Ortsgruppe 2 zu verzeichnen, davon führte eine zum Streik. Auf friedlichem Wege wurde eine Lohnhöhung von 5 Pfg. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung von 8 Stunden wöchentlich erreicht, während in dem anderen Falle eine Lohnhöhung von 5 und 10 Pfg. pro Stunde erreicht wurde. In den Arbeiterauschüssen bei der Firma Mohm und Bosh wurden drei unserer Kollegen gewählt. Die Ergebnisse unserer Agitations-tätigkeit zeigen sich in folgenden Zahlen: Es waren im Berichtsjahre 69 Neuaufnahmen zu verzeichnen, denen 23 Austritte gegenüber stehen — letztere sind zum Teil auf den Drogen- und Terrorismus seitens der Genossen zurückzuführen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres 189. Daß die Hamburger christlichen Metallarbeiter auch in ihrem Fach Nützliches zu leisten vermögen, bewiesen die Mitglieder der Metallarbeiter-Fachabteilung des kath. Gesellenvereins — sämtlich unserem Verband angehörend — welche in ihren freien Stunden einen künstlerischen Kirchen-Kronleuchter von 4 Meter Durchmesser anfertigten.

Die Kassenverhältnisse ergaben folgendes Bild: An Einnahmen für die Hauptkasse waren zu verzeichnen 5174,10 M., an Ausgaben 3000,52 M.; die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1969,82 M. und eine Ausgabe von 1625,83 M.; Bestand 343,99 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: Erwerbslosenunterstützung (bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) 1713,30 M., Streikunterstützung 518,65 M., Reiseunterstützung 207 M., Umzugsunterstützung 75 M., Sterbegeld 50 M., Rechtschutz 14,50 M., sonstige Unterstützungen 20,45 M. Die Sammlung für die streikenden Tabakarbeiter ergab 54,80 M.

Die Vorstandswahlen zeitigten folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde, da Kollege Lambert eine Wiederwahl ablehnen mußte, Kollege Joh. Ponnholzer, Hamburg, Klosterstraße 29, gewählt, die übrigen Vorstandsmänner blieben in den alten bewährten Händen. Wenn unser Wunsch, am Schlusse des Jahres 1911 300 Mitglieder in unserer Ortsgruppe vereint zu sehen, nicht in Erfüllung ging, so ist das darauf zurückzuführen, daß nicht alle Kollegen in der Agitation ihren Mann gefunden haben. Darum wollen wir in diesem Jahre mit größerer Intensität ans Werk gehen und das Verstumte nachholen. Die Meinung der Genossen, in Hamburg sei kein Boden für christliche Gewerkschaften, muß durch rege Agitation aller Kollegen, durch die weitere Erklarung unseres Verbandes immer mehr zunichte gemacht werden.

Einige beherzigenswerte Worte seien unseren Kollegen noch noch zugerufen: Laßt nicht alle Arbeit auf den Schultern des Vorstandes ruhen, folgt freudig, wenn der Ruf zur Mitarbeit an euch ergeht. Vor allem, besucht die Versammlungen fleißig, einmal im Monat muß es doch jedem Kollegen möglich sein. Mäht eure Frauen auf, bringt sie mit zur Versammlung, denn nicht zuletzt sind die Frauen, sofern bei ihnen Interesse und Verständnis für die großen gewerkschaftlichen Aufgaben unserer Zeit vorhanden ist, die besten Agitatoren. Kollegen, benutzt auch die Bibliothek, rüht euch mit den notwendigen geistigen Waffen aus; dann kann es euch nicht schwer fallen, durch Aufklärung noch manchen Mißläufer aus den Reihen der Genossen heraus zu holen und für unsere Sache zu gewinnen. — Und nun vorwärts, Kollegen! Frisch und unverzagt ans Werk, den 300 entgegen! Jeder Kollege muß seinen Stolz darin erblicken, hier in der roten Hochburg Hamburg ein Pionier der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu sein.

**Alte.** Unsere Ortsgruppe hielt ihre Jahresgeneralversammlung am 3. Februar im „Hotel zum Landhaus“ ab. Zu dieser Versammlung war auch unser Bezirksleiter Kollege Hartmann von Hamburg erschienen. Der Kassierer Kollege Möllner gab zunächst den Bericht vom 4. Quartal 1911. Dann berichtete der Vorsitzende Kollege Niebel über das abgelaufene Jahr. Während das Jahr 1910 uns einen langwierigen Kampf auf den Werkstätten brachte, ist das vergangene Jahr ganz ohne Lohnkampf vorübergegangen. Trotzdem kann nicht behauptet werden, daß die Arbeitsverhältnisse in Alte die besten wären. Es mußte im Laufe des Berichtsjahres manches zugereifte Mitglied ohne Arbeit zu finden wieder abreißen. Auch das Baugewerbe lag in Kiel sehr darnieder. Ganz am Jahres-schluß bestanden sich die Arbeitsverhältnisse auf den Werften; im Winter sind die Werften gewöhnlich stärker in Anspruch genommen als zu anderer Zeit. Soffentlich hält die Besserung jedoch auch im neuen Jahre an.

Ueber die Mitgliederverhältnisse der Ortsgruppe ist folgendes zu berichten: Es waren am Anfang des Jahres 1911 41 Mitglieder vorhanden. Neu aufgenommen im Laufe des Jahres wurden 19 Mitglieder, zugereist sind 10 Mitglieder und übergetreten aus anderen Verbänden 2 Mitglieder, jedoch der Zugang 31 Mitglieder beträgt. Davon sind abgereist 10 Mitglieder, ausgetreten oder wegen rückständiger Beiträge gezeichnet 10 Mitglieder. Ausgeschlossen wurde ein Mitglied wegen Beteiligung an der Gründung eines gelben Vereins auf der Germania-Werft. Der Mitgliederbestand am Jahres-schlusse beträgt demnach 51 Mitglieder, also 10 mehr als im Jahre vorher. Daß im Berichtsjahre wieder 10 Mitglieder wegen teilweisem Nichtzahlen der Beiträge gezeichnet werden mußten, beweist, daß diese noch nicht die nötige gewerkschaftliche Schulung besaßen, sonst hätten sie ihre Pflicht erfüllt und nicht ihre Rechte preisgegeben. Es sind aber auch meistens solche, die fast nie zu einer Versammlung kommen.

Die Hauptkasse hatte folgende Einnahmen zu verzeichnen: für 2110 Beitragsmarken a 60 Pfg. 1266 M., für 125 Beitragsmarken a 30 Pfg. 37,50 M., für Beitragsmarken a 40 Pfg. und a 10 Pfg. 4,60 M., für Delegiertenmarken a 10 Pfg. 15,70 M., für Eintrittsmarken a 50 Pfg. 7 M., für Eintrittsmarken a 30 Pfg. 1,20 M.; sonstige Einnahmen 28,50 M. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1360,50 Mark. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen insgesamt 590,32 M. Davon für Umzugsunterstützung 55 M., Maßregelungsunterstützung 30 M., Reise- und Aufenthaltsunterstützung 44 M., Erwerbslosenunterstützung a) bei Krankheit 198,18 M., b) bei Arbeitslosigkeit 73 M., 15 Prozent der Wochenbeiträge 199,14 M. An die Hauptkasse wurden eingeschickt 770,68 M. Diese Abrechnung der Hauptkasse beweist, daß ein großer Teil der gezahlten Beiträge den Mitgliedern in Form von Unterstützungen wieder zugute gekommen ist. Ueber die Kassenverhältnisse der Lokalkasse ist folgendes zu sagen: Die Einnahme der Lokalkasse betrug 362,08 M., die Ausgabe 256,81 M. Es bleibt also in der Lokalkasse ein Bestand von 105,27 Mark.

Darauf nahm Kollege Hartmann das Wort und forderte alle Kollegen auf, für den Verband weiter zu arbeiten, damit im neuen Jahre sich die Mitgliederzahl verdoppelt. Ein jeder solle mitarbeiten und die Arbeit nicht nur dem Vorstand und den Vertrauensleuten allein überlassen.

Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl von allen Vorstandsmittgliedern. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Kollege Niebel und zum 2. Kollege Bauer, zum Kassierer Kollege Möllner, zum 1. Schriftführer Kollege Siebes und zum 2. Kollege Bargel. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Hohenfeld und Fisch, zu Kartellbelegierten die Kollegen Hecht und Niebel und als Vertrauensleute die Kollegen Schödl, Ringweil und Reimann. Alle nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende dankte zum Schlusse allen Kollegen für ihre Mitarbeit und forderte sie auf, auch weiterhin treu zur Fahne des christlichen Metallarbeiterverbandes zu halten, zum eigenen Besten und zum Besten der gesamten Arbeiterschaft.

**Mannheim.** Am 4. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Eröffnet wurde der gute Besuch. Aus dem erstatteten Jahres- und Kassenbericht ist folgendes hervor-zuheben: Das Jahr 1911 schloß wieder für unsere Ortsverwaltung mit einem Erfolge nach innen und außen ab. Die Mitgliederzahl stieg im Verhältnis zum Vorjahr um 33%. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die rege Mitarbeit aller Mitglieder es bei einigermaßen gutem Willen in kurzer Zeit dahin bringen könne, das erste Tausend Mitglieder zu erreichen. Daß wir vorwärts gekommen, sei nur dem einmütigen Zusammenarbeiten von Vorstand, Vertrauensleuten und Bezirksleitung zu danken. Rühmend hervorzuheben darf hierbei die rege Tätigkeit der Jungmannschaft werden, die wieder einen schönen Schritt vorwärts machte.

Der Mitarbeiter müssen angeht, der wachsenden Mitgliederzahl und Aufgaben im neuen Jahre nicht weniger, sondern mehr werden. Hieran mitzuwirken, sei eines jeden Mitgliedes Pflicht.

Entsprechend dem Mitgliederzuwachs war die Steigerung der Beiträge. Gegenüber dem Vorjahr wurden 6368 Beitragsmarken mehr verkauft. Die Gesamteinnahmen für die Haupt-kasse aus Beiträgen für alle Klassen betragen 10262,10 M., wovon 5420,87 M. der Zentrale übermittleit wurden. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Reiseunterstützung 210,50 Mark, Umzug 20,— M., bei Krankheit 1687,81 M., bei Arbeitslosigkeit 433,08 M., Streikunterstützung 546,21 M., bei Notfall 40,— M., zusammen 2952,02 M. Außerdem wurden noch an Unterstützungen aus der Lokalkasse 163,98 M. bezahlt. Angehts der Tatsache, daß wir an größeren Kämpfen nicht in besonderem Maße beteiligt waren, ist das eine hohe Unterstützungssumme.

In Erwägung dessen entschlossen sich die Kollegen in einer außerordentlichen Generalversammlung zu Beginn des 4. Quartals des Berichtsjahres, den Lokalzuschlag von 10 auf 20 Pfg. zu erhöhen. Dieser fast einstimmig gefasste Beschluß ist als ein bedeutender Schritt vorwärts zur inneren Erstar-kung der Ortsverwaltung und des Verbandes anzusehen.

Im Berichtsjahre waren erwerbslos 93 Kollegen. Die Art der Krankheit, von denen die Kollegen betroffen wurden, waren 12 mal Unfall, 11 mal Lungenerkrankungen, 7 mal Bronchial- und Brustkatarrh, 11 mal Rheumatismus, 11 mal Influenza, 3 mal Geschwüre und Heutentzündungen, 2 mal Nervenleiden, 2 mal Nervenleiden, 2 mal Magen- und Darmkatarrh, 2 mal Augen-, Ohren- und Nasenleiden, 1 mal Blasenleiden und 1 Fall Herzleiden.

Versammlungen wurden in der Gesamtsortverwaltung mit den Sektionen 6 öffentliche, 2 Generalversammlungen, 76 Mit-glieder-, 79 Fabrik- und Werkstattversammlungen und 39 Ver-trauensmänner- und Vorstandssitzungen abgehalten. Der Ver-sammlungsbesuch hätte durchweg besser sein können und nur einige wenige Sektionen machen hiervon eine rühmliche Aus-nahme, in denen in den meisten Fällen fast alle Mit-glieder erschienen.

An Lohnbewegungen und Kämpfen waren wir im abgelaufenen Jahre auch in mehreren Fällen beteiligt. So die Bewe-gung der Heizer, Maschinisten, Kranführer und Hafnarbeiter, die der Spengler und Installateure, welche uns in Mannheim bei einer Firma den Tarif sicherte; die Hausflößer-bewegung, wo durch den Terrorismus der Genossen und das leider verständnislose, ja geradezu genossenfeindliche Verhalten der Meister unser Verband ausgeschaltet wurde; die Bewegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in der Walzenmühle, die Lohnbewegungen bei Benz und Lang.

Die Bildungsarbeit vollzog sich in der altgewohnten Weise. Fast in allen Versammlungen wurden die aktuellen Tages-fragen und Standesinteressen in Vorträgen und Diskussionen besprochen. Außerdem nahmen noch zusammen 26 Kollegen unserer gesamten Ortsverwaltung an den in den verschiedenen Orten stattfindenden Unterichtsreisen teil. 42 Kollegen be-friedigten ihr Bildungsbedürfnis durch Lesen von zusammen 51 Bänden der Bibliothek. An Theaterfahrten zu Einheits-preisen zu den Volksvorstellungen erhielten wir im ganzen Jahre zusammen 107, die auf 76 Kollegen als Besteller ver-teilt wurden. An den Volkstanzertagen zu ermäßigten Preisen beteiligten sich die Kollegen ebenfalls. Der Vorsitzende, Bez-irksleiter Kollege Thelen schloß seinen Bericht mit der Auf-forderung zu noch entschledenerer Arbeit und Pflichterfüllung im neuen Jahre. Im Namen der Mitglieder sprach der Kollege Schödl dem Vorstande und der Bezirksleitung seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Bei den folgenden Vorstandswahlen wurden, mit Aus-nahme des 2. Vorsitzenden, der aus familiären Gründen eine Wiederwahl ablehnte, der alte Vorstand einstimmig wie-dergewählt. Mit einem nachmaligen Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder zur Mitarbeit, besonders bei der Durchfüh-rung der Hausagitation, fand dann die Versammlung ihren Ab-schluß.

**Hannover.** In Nr. 2 unseres Verbandsorgans hatten wir über die Genehmigung des Streiks der Feinzieher der Westf. Drahtindustrie berichtet und dabei auch kurz die sonderbare „Taktik“ des Hirsch-Dunderschen Beamten erwähnt. Darüber ist bisher nun erzählt und berichtet im „Regulator“ eine zwei Spalten lange Salbaderei über die Bewegung, aber die er — „im Interesse des christlichen Metallarbeiter-Verbandes bisher geschwiegen habe“. — Da schlag doch einer lang hin! Nein, nicht in unserem, wohl aber in seinem Interesse hätte er besser geschwiegen. Er gibt selbst verschämt zu, daß der Abzug nicht viel ausmachte. Bei dem höchstbetroffenen Kollegen machte es 1,38 M. und bei dem niedrigstbetroffenen 4 Pfg. pro Monat aus. Und wenn wir da sagten, daß das kein Objekt sei, eventl. einen Kleinstkampf herauszubekommen, so wüßte uns jeder Einsichtige Recht geben. Wenn auch noch andere Umstände, besonders solche persönlicher Art mitgespielt, so kam es doch hier darauf an, weshalb die Arbeit wieder-gelegt worden war. Die schweren Künge, die die Nummern

nicht hielten, sollten gar nicht, die leichteren Künge mit 10% Abzug (nicht 5%, wie man im Regulator schreibt) bezahlt werden. Darum war die Arbeit niedergelegt worden, andere Forderungen waren nicht gestellt worden; ergo blieben von der Ursache der Arbeitsniederlegung, nachdem der Abzug bis auf 5% für alle Künge ermäßigt worden war, nur diese 5% übrig.

Auch betreffs der Entfernung des Meisters gibt der H.-D. Beamte selbst zu: „daß diese Zusage nicht zu unterschätzen sei, man finde selten einen Unternehmer bereit, einen Meister zu beseitigen“ — und trotzdem sollen wir Ursache haben, die Sache zu verschweigen? Na, na.

Bezüglich der Verhandlung des Kollegen S. mit der Betriebsleitung gab der Hirsch-Dundersche Beamte in der Versammlung selbst zu, die Sache sei ja ganz geschickt ange-fangen, aber, aber — man habe ihn nicht erst gefragt. Wie auch Herr Hendrich wissen mußte, verhandeln unsere Groß-industriellen noch nicht offiziell mit den Gewerkschaftsbeamten. Es war also ausgeschlossen, daß die drei Verbandsvertreter empfangen worden wären. Deshalb konnte es sich also nur um eine private, unverbindliche Ansprache handeln. Kollege S. hatte keine Gelegenheit, den Herrn Hendrich von seinem Vorhaben vorher zu benachrichtigen, hielt es auch nicht für un-be-dingt notwendig; der Versuch zu einer solchen Ansprache wäre, weil notwendig, auch gemacht worden, wenn Herr Hen-drich eventl. dagegen gewesen wäre.

Die Verhandlung war um so notwendiger, da ja jede Verbindung abgebrochen war. Die Direktion hatte erklärt, die Arbeiter hätten sich als entlassen zu betrachten, mit kon-traktbrüchigen Arbeitern verhandelt sie nicht weiter. Wenn in solcher Situation die Parteien wieder zusammengebracht werden, so kann nur der etwas darin finden, der etwas anderes wie praktische Erfolge für die Arbeiter erreichen will. Und wenn man den Kollegen S. hierbei zu verbächtigen sucht, so ist ja in der betreffenden Versammlung selbst zum Aus-bruch gekommen, wie die Drahtzieher eine solche Verbächtigung zurückwiesen. Was nun die Frage: Kontraktbruch oder nicht, anbelangt, so ist es niemand von christlicher Seite eingefallen, mit Sicherheit zu behaupten, es sei Kontraktbruch. Es ist lediglich erklärt worden, daß eine evtl. Entscheidung am Ge-werkegericht mit größter Wahrscheinlichkeit auf Kontraktbruch lauten würde, und daß es jedenfalls richtiger sei, die Even-tualität eines Kontraktbruches aus dem Wege zu räumen und die Arbeit erst wieder aufzunehmen, umso mehr, als der Abzug auf 5% ermäßigt war, evtl. könne dann die Bewegung auf neuer Grundlage wieder angefangen werden. Wir sind über-zeugt, die Kollegen hätten auch die Arbeit aufgenommen, wenn Herr Hendrich nicht in der unverantwortlichsten Weise gehandelt hätte. Er legte mit einer großen Dosis Demagogie dar, „der Abzug mache ja nicht viel aus, aber wenn im nächsten Monat wieder 5% abgezogen würden, in folgendem Monat nochmals 5%, so sei das nicht mehr zu tragen, es sei ja sehr verständ-lich, wenn das Gespenst des Kontraktbruches an die Wand gemalt werde, er könne bestimmt verhüten, es läge höchstens von seiten der Firma Kontraktbruch vor“ usw.

Unwahr ist es, wenn im „Regulator“ geschrieben wird, Kollege S. habe erklärt, Rechtsanwalt Sch. und Arbeiter-sekretär D. hielten die Sache auch für Kontraktbruch. Es ist lediglich erklärt worden, die beiden Herren hielten die Sache auch für zweifelhaft. Wenn Herr Hendrich aber die-Rede der beiden Herren mit behaglicher Breitspurigkeit erzählt, um der Welt kundzutun, was doch die christlichen Beamten für dumme Kerle sind, so können wir dem Herrn Hendrich nur raten, sich auch ruhig manchmal bei anderen Personen zu erkundigen, er würde dann nicht solche sonder-baren „Weisheiten“ verkünden, wie er das schon wiederholt getan hat, z. B.: „Der Unternehmer dürfe sich nicht mehr wie 6 Schichten des ortsüblichen Tagelohnes bei Kontrakt-bruch ausbezahlen, unter keinen Umständen den durchschnittlichen Lohn zu Grunde legen; — ein mündliches Zugeständnis einer Direktion einer von der Gesamtbelegschaft gewählten Kommission gegenüber sei für die Belegschaft absolut wertlos, dies hätte nur Wert für die drei Mitglieder der Kommission; — durch die Reichsversicherungsordnung sei die Haftierung der Kranken-kassenbeiträge eingeführt“, und was der Weisheiten mehr sind.

Daß bei solcher „Gelehrtheit“ die „Ansichten“ des Herrn Hendrich für uns nicht maßgebend sind, ist also erklärlich, und auch unsere Mitglieder können solche „Weisheiten“ tatsächlich nicht verdauen. Sie werden Herrn Hendrich vorläufig keine Gelegenheit mehr geben, bei Bewegungen, wo er mit 2 oder 3 Mann in Betracht kommt, den „wilden Mann“ zu spielen. Ja, wenn die Hirsch-Dunder doch immer so tapfer wären, wo sie die Weisheit haben; aber da steht es anders aus. Im vorigen Herbst machten die Feinzieher der Westf. Drahtindustrie Abt. B, die ausnahmsweise mal zu neun Behteln Hirsch-Dundersch organisiert sind, eine Eingabe. Dieselbe wurde glatt abgelehnt. Bis heute ist noch keine Versamm-lung gewesen — und vergebens warten wir auf den Bericht der Kommission. Da wäre es für Herrn Hendrich an der Zeit, sich mal loszulassen! Die Rhodus — hic, salta!

Siermit wollen wir vorläufig die gewünschte Be-gründung für unsere Vorwürfe schließen. Die Bewegung der Feinzieher Abt. C können wir mit der größten Befriedigung und Genugtuung blicken; wer darüber noch im Zweifel ist, möge bei den hiesigen Drahtziehern Umfrage halten. Herr Hendrich würde Purzelbäume schlagen, wenn er diese Bewegung auf sein Konto legen könnte.

Das gewisse Leute nicht auf ihre Kosten gekommen und vielleicht schon von einer allgemeinen Drahtzieherbewegung in Hamm geträumt hatten, ändert nichts an der Sache. Der christliche Metallarbeiterverband hat auch bei dieser Gelegen-heit gezeigt, daß er, getreu seiner Tradition, die Interessen seiner Mitglieder maßvoll aber entschieden und gewissenhaft vertritt.

**Neuwied.** Nachdem es uns gelungen war, im Bezirke Neuwied im dritten Quartal 1911 unsere Mitgliederzahl um ca. 70 Prozent zu vermehren, haben wir uns im vierten Quartal wiederum verdoppelt. Auch im ersten Quartal 1912 ist bereits bis Mitte Februar 1912 eine weitere Verdoppelung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Es geht also auch hier vorwärts. Immerhin ist die intensive Mitarbeit eines jeden Kollegen eine unbedingte Notwendigkeit. Wohl lassen sich auch durch die Arbeit eines Einzelnen Augenblickserfolge erzielen, soll aber für dauernd etwas geschaffen werden, dann muß ein jeder Kollege seine Pflicht tun. Dazu gehört aber vor allem zunächst für die neu aufgenommenen Kollegen das eifrige Studium des Verbandsorgans, bei Besuch der Versammlungen, dann aber auch weitere Werbearbeit für den Verband. Mit jedem neu gewonnenen Mitglied verstärken wir unsere Position, einerseits zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage andererseits dem im sozialdemokratischen Metallarbeiter-verbände organisierten roten Geaner gegenüber. Grund zum

Nachdenken über seine Lage hat jeder Metallarbeiter, vor allem aber auch die in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen. Sind doch hier Fälle zu verzeichnen, wo Kollegen infolge ihrer Anhänglichkeit (eigenes Häuschen, ein Stück Land) sich eine miserable Behandlung, die schlechteste Arbeit und einen niedrigen Lohn gefallen lassen müssen. Das kann und wird erst besser werden, wenn die Kollegen sich aufrufen, das geringe Opfer des wöchentlichen Verbandsbeitrages bringen und durch gemeinsames Vorgehen eine Verbesserung herbeizuführen suchen. Wenn ja, dann muß hier das Wort zur Tat werden: „Alle für einen, einer für alle!“ Nicht die Abgabe eines roten Stimmzettels bei der Reichstagswahl, das Schimpfen am Wirtschaftstisch oder das Ballen der Faust in der Tasche wird eine Verbesserung unserer Lage herbeiführen, sondern nur geschlossenes Zusammengehen in unserem Verbandsverband wird uns Vorteile bringen.

Kollegen! Wenn das gewerkschaftliche Verständnis bei uns allen in dem Maße zunimmt, wie unsere Mitgliederzahl im hiesigen Bezirke, dann wird es uns ein leichtes sein, das Wort wahr zu machen: „Reinigt sind auch die Schwachen eine Macht!“

**Burgbrohl-Niederhessen.** Auch hier im herrlichen Brohltal gewinnt der gewerkschaftliche Gedanke mehr und mehr festen Boden. Nach Abhaltung mehrerer Versammlungen haben sich fast die Mehrzahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen dem Verbandsverbande angeschlossen. Die erste Vorbedingung zur Verbesserung unserer Lage auch in hiesiger Gegend ist also geschaffen. Unsere weitere Aufgabe muß es sein, auch den letzten Kollegen für uns zu gewinnen und uns auf gewerkschaftlichem Gebiete zu schulen. Besuch der regelmäßigen Versammlungen, Studium des Verbandsorgans, das ist die Schule für die Verbandskollegen. Wer nichts vom Verbandsverband weiß und hört, wird nie das nötige Verständnis für ein gemeinsames Zusammengehen und Zusammenwirken der Kollegen bekommen. Das Verbandsorgan ist das Gewehr des Gewerkschaftlers. Ein Verbandskollege, der sein Verbandsorgan nicht studiert, macht es wie ein Soldat, der sein Gewehr zu Hause läßt, und dann in den Krieg zieht. Wägen wir uns also Kollegen; ein jeder sei ein eifriger Agitator für unsere Sache, der Erfolg unserer Arbeit wird dann nicht ausbleiben.

**Heldenheim.** Die Jahresgeneralversammlung unserer Zahlstelle am 14. Januar erfreute sich eines guten Besuches. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Huber. Er berichtete, daß, obgleich wir im verflochtenen Jahre schwer zu kämpfen hatten, keine großen Fortschritte hinsichtlich der Mitgliederzahl gemacht haben. Das liegt wohl in der Hauptsache daran, daß fast gar kein Zugang fremder Kollegen zu verzeichnen sei. Dazu kommt die heuchlerische Agitation des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der roten „Donau-Wacht“, die noch von vielen uns fernstehenden Kollegen als bare Münze hingenommen wurde. Alle Kräfte müßten deshalb angespannt werden, die Laune und Gleichgültigkeit der zu uns gehörenden Kollegen zu bekämpfen und sie unserem Verbandsverbande zuzuführen. Der jetzige wirtschaftliche Aufschwung müßte im Interesse der Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Gewiß sei der Boden für die christliche Arbeiterbewegung hier in Heldenheim sehr feucht, aber wenn wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Agitation stellen, wird es uns trotz aller Hindernisse gelingen, unsere Zahlstelle zu stärken und damit auch die Ansichten auf eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft heben. Kollege Guntz erstattete dann den Kassensbericht, welcher in Ordnung befunden und als guter bezeichnet wurde.

Vorher zu den Wahlen geschritten wurde, stellte der Vorsitzende den Antrag, den Lokalbeitrag um 5 Pfg. zu erhöhen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde der Ausschuss einstimmig wiedergewählt. Ein glänzendes Vertrauensvotum, in dem zum Ausdruck kam, daß Vorstand und Mitglieder von gegenseitigem Vertrauen zu einander besetzt sind. Es wurde dann noch die Gründung eines Kartells beschlossen und ein Kollege beauftragt, die notwendigen Schritte diesbezüglich zu tun.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch die Monatsversammlungen immer so zahlreich zu besuchen, wie heute, dann könne in der Folge auch sicher erspriechliche Arbeit geleistet werden. Die einzelnen Kollegen seien dann auch immer über das Notwendige unterrichtet und das ganze gewerkschaftliche Leben sei ein regeres. Er dankte für die treue Mitarbeit der Kollegen im verflochtenen Jahre, im kommenden Jahre aber müsse es damit noch besser werden — kein Kollege dürfe mehr zurückbleiben. Unsere ganze Arbeit diene ja nur dem Wohle der Gesamtheit, der Stärkung unserer christlich-nationalen Arbeiterschaft. „Ein freies Wort und deutscher Sinn, führe uns zum Ziele hin.“

**Wülften.** Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 21. Januar statt. Der Besuch war zufriedenstellend. Dem vom stellvertretenden Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: In Versammlungen fanden 43 statt; davon: 2 Generalversammlungen, 7 Mitglieder- und 5 Jugendversammlungen, 14 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 6 Sprengelversammlungen, 2 Betriebs-, 2 Außerordentliche Mitglieder- und 1 Festversammlung und 4 Unterrichtskurse. In allen Versammlungen wurden belehrende und aktuelle Vorträge gehalten. U. a. wurde behandelt: Rückblick auf die christl. Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre, Tätigkeit und Kassensbericht, Volkshilfen, Hausagitation, Zeitartikel des Verbandsorgans, Die Bedeutung der Bezirkskonferenz, Die Entwicklung des deutschen Handwerks, Branchenselbsthilfe und Branchenangitation, Schutz des Eigentums des Arbeiters, Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik, Betriebsverhältnisse, Schußwoll und Arbeiterinteresse, Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, Winteragitation, Bericht der Ortsverwaltung, Rückblick. In den Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen wurden geschäftliche Angelegenheiten geregelt. Unter diesen Sitzungen kam der engere Vorstand wöchentlich 2 Mal zusammen. An Drucksachen gingen aus 510 Stück und 204 Postkarten und Briefe. Bei Gelegenheit des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe wurde vom Vorstande eine 4seitige Festschrift in 1000 Exemplaren herausgegeben.

Am 1. Januar 1911 betrug die Mitgliederzahl 581, im Berichtsjahre wurden aufgenommen: ältere Kollegen 40, jugendliche 19 und weibliche 6; zum Militär traten ein 14, abgemeldet, versorgen und Abgewiesen 74, gestorben sind 8, es verblieben mithin noch 569 Mitglieder.

Dem vom Kassierer erstatteten Kassensbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 4 836,20 M., die Ausgaben 6452,77 M., davon für Krankenunterstützung 3625,77 M., für Arbeitslosenunterstützung 531,03 M. und für Sterbegeld 160 M. An die Zentralkasse abgehandelt

wurden 8383,69 M. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 6690,12 M. und eine Ausgabe von 4066,68 M.; es verbleibt mithin ein Bestand von 2623,46 Mark.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß der Vorstand seine Schuldigkeit voll und ganz getan habe. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Demnach auf die Entfaltung der Agitation wirkte der wiederholte Vorsitzendenwechsel. Unser erster Vorsitzender, Kollege Schümmer, wurde zu Anfang dieses Jahres nach Stollberg versetzt; der an seine Stelle tretende Kollege Joh. Hohe wurde schon nach 5 Monaten durch den Tod aus unserer Mitte abberufen. Trotdem war es uns möglich, die Ortsgruppe auf der Höhe zu erhalten. Das zeigte sich besonders bei der Festversammlung gelegentlich unseres 10jährigen Bestehens. Der gewerkschaftliche Geist hat in Wülften tiefe Wurzeln geschlagen. Von den 32 Gründern gehören noch 23 der Ortsgruppe an, 8 von ihnen sind gestorben, 2 nach andern Gruppen überwiesen, 2 gehören jetzt dem Arbeitgeberstande an und nur 2 haben dem Verbandsverbande gekündigt.

Die Zusammensetzung des neugewählten Vorstandes bürgt uns für ein tatkräftiges Arbeiten im kommenden Jahre. Der neugewählte Vorsitzende wies in einer kurzen kernigen Ansprache auf die Pflichten des Vorstandes, der Vertrauensmänner sowie eines jeden Mitgliedes hin. Ein jeder solle von seiner Stelle aus unausgesetzt für die Interessen des Verbandes eintreten, dann werden wir auch den gelben und gelblichen Gräueltaten auf verschiedenen Maschinen Werken gemahnet gegenüber stehen. Eine gelbe Organisation, die schon bei der Gründung auf die Gelder der Arbeitgeber angewiesen ist, kann nie und nimmer Arbeiterinteressen vertreten. Es ist unsere Pflicht, die uns noch fernstehenden Kollegen vor dieser gelben Gefahr zu warnen und sie als Mitkämpfer unserer Bewegung einzureihen.

**Stettin.** Am 14. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch hätte ein besserer sein müssen; von 67 Mitgliedern waren nur 22 erschienen. Kollegen, dies zeigt, daß noch nicht alle Kollegen von dem Interesse durchdrungen sind, welches sie ihrer Sache und ihrem Verbandsverbande schulden. Der Vorsitzende, Kollege Schröder, erstattete die Jahresversammlung, beglückwünschte zum neuen Jahre und erstattete den Jahresbericht. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Schröder zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt, als 2. Vorsitzender wurde Kollege Meitz, als 1. Kassierer Kollege Vorkamp, und als 2. Kollege Schmidt wiedergewählt. Zum 1. Schriftführer wurde Kollege Langfeld II, zum 2. Kollege Reinke neugewählt. Zu Revisoren wurden ernannt die Kollegen Krupp, Langfeld I und Lohs. Die Kollegen Krupp und Schröder übernahmen das Amt als Kartellbelegierte, Bunde und Schmidt als Stellvertreter.

Aus dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen. Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 1899,30 M. zu verzeichnen, eine Gesamtausgabe von 611,09 M. In die Zentrale wurden abgehandelt 1288,21 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 988,20 M. gegen 603,61 M. im Vorjahre. Von der Lokalkasse wurden an die Bezirkskasse abgeliefert 139,36 Mark. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1910/50, am Schluß des Jahres 1911/67. Unsere Zahlstelle hat also eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Bemerkenswert sei aber, daß nicht alle Kollegen ihre Pflicht bezüglich Versammlungsbesuch und Agitation getan haben, sonst müßte ein besseres Resultat zu verzeichnen sein. Eine Lohnbewegung hatten die Kollegen auf der „Union“, Fabrik chem. Produkte. Es wurde den dort arbeitenden Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde bewilligt.

Nun Kollegen, wenn wir den Jahresbericht überschauen wird jeder zu der Ueberzeugung kommen, daß lange nicht das erreicht ist, was für unsere Sache notwendig wäre. Ein jeder muß es sich in diesem Jahre zur Aufgabe machen, mehr wie bisher für unsern Verband zu arbeiten. Zunächst keine Versammlung versäumen, ferner überall, wo es auch sei, auf der Arbeitstätte oder im Freundeskreis, stets für unsere Sache agitieren, neue Kollegen für unsern Verband zu werben. Es wird das jetzt vielleicht schwerer sein wie zuvor, da die Genossen in einer gewissen Siegestaumel hineingeraten sind. Sie werden alles daran setzen, die Kollegen, welche noch nicht ihren Verbänden angehören, für diese zu gewinnen. Wollen wir vor ihnen zurückbleiben? Nein! Im Gegenteil: jeder muß jetzt erst recht seine ganze Kraft daran setzen für unsern Verband zu arbeiten. Damit wir am Schluß dieses Jahres eine bedeutend verstärkte Mitgliederzahl verzeichnen können. Darum Kollegen, frisch auf zu neuer Arbeit!

**Kassel.** Unsere diesjährige Generalversammlung am 23. Januar hätte besser besucht sein müssen. Den Geschäfts- und Kassensbericht erstattete der Kassierer Kollege Lähing. Unsere Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 25 auf 34. Neuaufnahmen waren 20 und Uebertritte 1 zu verzeichnen, 8 Mitglieder sind zugewandert, wieder ausgetreten sind 9 und abgereist 11 Mitglieder. Die Einnahme der Hauptkasse belief sich auf 1034,30 M.; ausgegeben wurden für Krankenunterstützung 119,19 M., für Arbeitslosenunterstützung 18 M., für Reiseunterstützung 27 M., 602,21 M. wurden an die Zentrale gesandt. Die Lokalkasse hatte mit dem Bestand vom Vorjahre eine Gesamteinnahme von 470,79 M. und eine Gesamtausgabe von 210,03 M., wovon 133,95 M. an die Bezirkskasse abgeführt wurden. Der Bestand der Lokalkasse betrug mithin am 1. Januar 1912 260,76 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende Kollege Geburzig gab darauf einen kurzen Rückblick über die hauptsächlichsten Geschehnisse und Arbeiten des vergangenen Jahres. Wenn uns die Erfolge unserer Arbeiter auch nicht voll befriedigen, so müßten sie uns doch zur Weiterarbeit im neuen Jahre ermuntern und anspornen. Der feuchte Boden, das habe die Erfahrung gezeigt, könne durch unablässige Bearbeitung zu einem fruchtbareren umgestaltet werden. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen Meß als 1. und Arend als 2. Vorsitzender, Lähing als Kassierer, Schäfer als Schriftführer, Gumbach und Evert als Revisoren und Buschenbeck als Kartellbelegierter.

Und nun Kollegen von Kassel, an die Arbeit! Set ein jeder von uns sich der Pflicht bewußt, an seinem Teile zur weiteren Erstärkung unserer Ortsgruppe beizutragen.

**Ravensburg-Weingarten.** Am Sonntag den 28. Januar hielt unsere Ortsverwaltung ihre diesjährige Generalversammlung ab, in welcher auch unser Bezirksleiter Kollege Gengler-Stuttgart anwesend war. Als Gast war Kollege Kammerer vom christlichen Textilarbeiterverband erschienen. Bei Eröffnung konnte der Vorsitzende mit Genugtuung konstatieren, daß die Versammlung gut besucht war. Der Schriftführer erstattete den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß das Bestreben, auch die Frauen für die Gewerkschaftsfrage zu begeistern, von Erfolge war. Aus dem Kassensbericht des Kassie-

rens ging hervor, daß besonders auch mit der Lokalkasse gut gewirtschaftet worden ist. Dem Kassierer wurde für seine Mühewaltung seitens der Versammlung Dank und Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde an die Stelle des durch anderweitige Tätigkeit behinderten 1. Vorsitzenden unser langjähriger 2. Vorsitzender berufen. Auch die Posten des Kassierers und Schriftführers mußten neu besetzt werden, da die bisherigen Inhaber dieser Ämter eine Wiederwahl ablehnten.

Bezirksleiter Kollege Gengler sprach dann noch über Wert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Er betonte, daß die Zahl der Organisierten hier noch viel größer werden müsse. Die Kollegen müssen auch mehr über heimliche und persönliche Dinge hinwegsehen und sich mehr von unseren großen Aufgaben und Zielen leiten lassen. Kollege Kammerer betonte die Notwendigkeit der Mitarbeit sämtlicher Kollegen und bedauerte, daß manche Kollegen sich nur sehr ungern zur Uebernahme eines Amtes bereit finden lassen. Es könne nicht vorwärts gehen, wenn die Arbeit nur einem oder zwei Kollegen aufgeladen werde.

Zu seinem Schlußwort ermunterte der Vorsitzende die Kollegen zu eifriger Mitarbeit im neuen Jahre; es komme jetzt das Frühjahr und niemand wisse, was es uns bringen werde. Jedenfalls ständen uns in der Metallindustrie noch große Kämpfe bevor, da gelte es für uns, gerüstet zu sein.

**Hamm I. B.** Seit langer Zeit werden unter den Drahtziehern der Rhön, Abt. Union, fortgesetzt Klagen laut über das zu verarbeitende Material. Beschweren sich die Drahtzieher, ziehen die Meister die Schultern hoch. Einmal soll es an der Qualität des Drahtes liegen, ein ander Mal sind die Walzer die Schuldigen, dann wieder soll die Einwirkung der Luft und die Qualität der Weize die Ursache sein. Gewiß liegt es häufig an der Qualität des Drahtes, aber die Hauptursache scheint in der wenig sorgfältigen Bearbeitung des Drahtes in der Wäsche zu liegen. Man beizt vielfach in sauren, unreinen Lösungen, der Draht wird dadurch verunreinigt und ein exaktes Arbeiten ist ausgeschlossen. Der Draht hält die Nummern nicht, die härtesten Eisen sind nicht widerstandsfähig genug. Die Wöhl werden aufgerissen und mit der Zeit vollständig verdorben. Daß dadurch manche Durchschläge abgeschlagen und die Eisenschuld der Kollegen eine enorme Höhe erreicht, ist erklärlich. Aber auch der an sich einwandfreie Draht läßt durch das Weiterziehen in hoch verdorbenen Lösungen an Qualität ein, er zieht sich „faul“ und Mittelzieher und Feinzieher haben über schlechte Qualität zu klagen. Daß dadurch den Drahtziehern das Arbeiten vereizelt wird, ist nicht zu verkennen. Verwunderlich ist nur, daß die Firma keine Remedur schafft. Es läge doch auch in ihrem Interesse, denn mancher Ring Draht von guter Qualität wird dadurch vermurkt und kann höchstens zu Stiften geschlagen werden.

Offentlich nimmt die Firma Veranlassung, hier einmal nach dem Rechten zu sehen; die Arbeitsfreudigkeit der Drahtzieher würde dadurch jedenfalls nicht gemindert und die Firma würde nicht so viel Ausschußdraht zu buchen haben.

**Forstheim.** Unter mäßiger Beteiligung fand am 4. Februar unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Kuhn erstattete den Jahresbericht, aus dem wir folgendes hervorheben: Im Berichtsjahre hatten wir sehr unter der bedrückten Stimmung in der Arbeiterschaft zu leiden, die durch die Ausperrung im Vorjahre ausgelöst wurde. Hauptächlich, daß es, den gewerkschaftlichen Geist nachzubringen. Nicht immer wollte dies gelingen. Gibt es schon bei erfolgreichen Bewegungen leider immer noch Arbeiter, die glauben, daß sie den Verband nicht mehr brauchen, so tritt dies selbstredend noch mehr zu Tage nach solchen, die vollständig ergebnislos und zum Schaden der Arbeiterschaft ausfallen, wie dies in Forstheim durch die Schuld eines Vorkämpfers der Fall war. Gut war es, daß wir uns durch die bekannten Bescheinigungen vorliefen. Wenigstens, ein Teil der Arbeitergrößen mußte von denen zurückgestellt werden, die egoistisch genug waren, dem Verbandsverbande gegenüber nach dem Grundsatze zu handeln: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Der Arbeitgeberverband trug sein Möglichstes dazu bei, durch schwarze Listen und ähnliche Maßnahmen die Arbeiterschaft von der Organisation fernzuhalten. So faßte derselbe einen Beschluß, nachdem ohne die Erlaubnis des bisherigen Arbeitgebers kein Arbeiter von einem anderen Arbeitgeber eingestellt und beschäftigt werden durfte. Verschiedentlich mußte der Beamte wegen dieses Beschlusses bei den Arbeitgebern vorstellig werden. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die Herren Arbeitgeber durch solche Beschlüsse ihr Ziel doch nicht erreichen, wenn die Arbeiterschaft einen Rückhalt an ihrer Organisation hat. Die organisierten Arbeiter verzichten meistens auf das Weiterarbeiten bei ihrem früheren Prinzipal, wenn sie auf Grund des Arbeitgeberverbandsbeschlusses bei einem anderen Arbeitgeber entweder nicht zu arbeiten anfangen durften oder wieder entlassen wurden. So kam es, daß beide Arbeitgeber keinen Vorteil von dem Arbeiter hatten. Auf die Anfrage bei einem solchen, warum er denn von dem andern verlange, einen neuereinstellten Arbeiter wieder zu entlassen, trotzdem der Arbeiter erklärte, er würde bei seinem früheren Arbeitgeber nicht mehr arbeiten, erhielten wir die Antwort: „Mir macht man es ebenso, deswegen verlange ich auch, daß bei andern ebenfalls der Beschluß durchgeführt wird. Auf diese Weise hat man mir schon einmal einen tüchtigen Arbeiter weggeschmuppelt, wie man's mir macht, so mache ich es auch andern.“

Die Tatsache, daß die Arbeiterschaft auf diese Weise schikaniert werden soll, ohne daß die Herren Arbeitgeber einen Nutzen davon hatten, führte auch dazu, daß dieser Beschluß am 1. Dezember 1911 wieder außer Kraft trat. Der sozialistische Verband kommt nun reichlich zwei Monate nachher und donnert mit Rieseninjekten, von denen eines wohl mehr wie 100 M. kostet, gegen diesen aufgehobenen Beschluß an. Die Herren brauchen während des Vorgehens der Arbeitgeber in dieser Sache ihre Zeit notwendiger zur Beschäftigung der Kassensarbeiter, die von unserem Zentralkassierer auf Rückzahlung der Verbandsgelder verklagt wurden. Erst nachdem sie da ihre Blamage weg hatten, kam es ihnen in den Sinn, daß sie eigentlich zur „Wahrung“ der Arbeiterinteressen da sind.

Wenn wir alle diese Momente betrachten, dann ist es begreiflich, daß die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe im Berichtsjahre einen Rückgang aufweist. Doch hätte sicher mancher Kollege und manche Kollegin gehalten werden können, wenn sich etwas mehr Arbeitseifer bei der Kollegenschaft gezeigt hätte.

Die Kassenverhältnisse geben folgendes Bild: Einnahmen der Hauptkasse: Aus verkauften Marken 9781,35 M., sonstige Einnahmen 647,76 M., zusammen 10 429,11 M. Ausgaben: Reiseunterstützung 37,50 M., Krankenunterstützung 1329,61 M., Arbeitslosenunterstützung 232,48 M., Sterbeunterstützung 20,

Markt; insgesamt an Unterstützung 1629,59 M.; Beiträge an die Lokalfasse und sonstige Ausgaben 1831,70 M.; also Ausgaben insgesamt: 3461,29 M. An die Hauptkasse gesandt wurden 8987,82 M. Die Lokalfasse hatte an Einnahmen 8729,89 M. und an Ausgaben 3835,99 M.; sie weist mithin einen Bestand von 86,90 M. auf

Durch die Neuwahlen wurden die Stellen der Ortsverwaltung wieder mit tüchtigen Kollegen besetzt. Es steht zu erwarten, daß dieselben im laufenden Jahre eifrig und gewissenhaft ihres Amtes walten. Notwendig ist, daß auch die übrigen Kollegen nun energisch die Kleinagitation wieder aufnehmen, insbesondere aber auch wieder eifrig an allen Veranstaltungen und Aktionen teilnehmen. Der alte Geist, der Kollegen und Kolleginnen beherrschte zurzeit der ersten Jahre unserer Organisation, muß wiederkehren. Nur mit Mut und Begeisterung und dabei etwas Opferwille und Idealismus läßt sich eine Arbeiterorganisation zu einem maßgebenden Faktor ausbauen. Drum Kollegen und Kolleginnen, frisch ans Werk!

Amberg. Am 28. Januar und am 4. Februar fanden in Amberg und Sulzbach unsere Jahresgeneralversammlung statt. Durch die Vorgänge im öffentlichen Leben sind wir etwas spät dazu gekommen. Auch die sonstigen gewerkschaftlichen Arbeiter sind dadurch etwas gehindert worden. Inmählich jedoch zieht wieder Ruhe ein und Zeit, Verkauftes nachzuholen. — Kollege Heilig gab eine Uebersicht vom letzten Jahre und es kann festgestellt werden, daß wir auf allen Gebieten vorwärts gekommen sind. Im Anfang Mai sind die beiden Gruppen Amberg- und Sulzbach zu einer vereinigt worden. Seit der Zeit macht sich der Aufschwung bemerkbar. Die Mitgliederzahl ist in den letzten 1/2 Jahren bedeutend gewachsen. Das zeigt am besten der Ueberschuss der Hauptkasse, welcher im letzten Quartal das dreifache vom zweiten betrug. Die Hauptkasse hat eine Einnahme von 12266,80 M., eine Ausgabe von 8193,28 M. und einen Ueberschuss von 4063,52 M. erzielt. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Krankengeld 4567,08 M., Arbeitslosenunterstützung 679,80 M., Umzug, Sterbegeld und Rechtschutz 222,30 M., an die Lokalfasse 1748,81 M. und der Rest verteilt sich auf sonstige Ausgaben und Hilfsunterstützungen. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 3893,21 M., eine Ausgabe von 2782,50 M. und am Jahresabschluss einen Bestand von 363,55 M.

Die Tätigkeit des Sekretärs in den letzten 8 Monaten gestaltete sich folgendermaßen: Es wurden 3380 Einladungen hergestellt; Postfächer gingen ein: Telegramme 2, Briefe 139, eingeschriebene Briefe 4, Karten 125, Drucksachen 114 und Pakete 68 Stück. Es gingen aus: Telegramme 3, Briefe 128, eingeschriebene Briefe 11, Karten 70, Drucksachen 305, und Pakete 2. An Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen wurden gehalten an Ort (Amberg-Sulzbach) 112, in anderen Bahnhallen 29. Sprechstunden wurden gehalten in Sulzbach und Rosenberg je 34. Die durchschnittliche Zahl der Besucher ist in Sulzbach 5, in Rosenberg 9. Die durchschnittliche Zahl der Bureaubesucher in Amberg beträgt 8. Schriftstücke für Kollegen wurden 48 angefertigt. Dieselben befaßten sich mit Beschwerden, Lohnnachzahlung u. dergl. Durch das Sekretariat wurden 15 Unfall- und Pensionsfällen erledigt. Es wurde manches erreicht. So wurden einer Witwe, deren Mann bei uns Mitglied war, die Nachzahlung einer Pension von über 200 M. erwirkt. In anderen Fällen gelang es uns, statt 40% die Vollrente zu erreichen, statt 20% 30% und einmal statt 25% 40%. In 8 Fällen hatten wir kleinere Vorteile erwirkt und nur 3 Fälle waren ohne Erfolg.

Auf den Arbeitsstätten der Kameraden ist auch manches erreicht worden. Die Maghütte hat auf unser Vorgehen hin eine Teuerungszulage bewilligt. Am Amberger Hochofen kämpften die Kollegen schon längere Zeit um eine Lohnaufbesserung. Im letzten Jahre ist es gelungen, eine Gichtprämie zu erwirken, welche für die Hochofenarbeiter 30—40 Pf. pro Tag ausmacht. Auch wurde die Sonntagsarbeit besser bezahlt. Sonntags werden die Kollegen zur Mithilfe herangezogen. Sie verbieten aber nur ihren Schichtlohn, während sie an den Werktagen im Arbeit und bedeutend mehr verdienen. Es wurde da erreicht, daß die Kollegen auch des Sonntags ihren durchschnittlichen Arbeitlohn erhalten. In Punkt Verhandlung sei es hier und da stillum aus, insbesondere in der Gießerei. Das hat sich gebessert. Auf der anderen Seite, besonders in Punkt Lohn bleibt in der Gießerei noch manches zu wünschen übrig. Weiter haben wir uns in einer Petition an den Landtag gewandt.

Unser christlicher Metallarbeiterverband hat am hiesigen Orte auch eine Reihe von Gegnern. In erster Linie sind es die Gelben und ihre Förderer. Die einzelnen Werkbesitzer suchen die Arbeiter mit kleineren Almosen zu fesseln. Merkwürdigerweise geben sie diese Almosen erst so lange, seitdem sich unser Verband bemerkbar gemacht hat. Diese Wohlthaten verdanken die Gelben also alle unserem Verband! Würde derselbe aufhören zu bestehen, man würde auch die Almosen wieder als überflüssig vergessen. Viele Gelbe wissen das und haben es auch schon ganz offen ausgesprochen. Andere möchten gern bei uns sein; aber sie haben den Mut nicht dazu. Wieder andere bekämpfen uns in der häßlichsten Weise. Da sind besonders einige untergeordnete Vorgesetzte, die sogar unsere Kollegen davonjagen möchten. Doch es rächt sich alles auf Erden. Diese gelben Meister und Agitatoren haben nämlich in letzter Zeit den Unterschied zwischen Wein und Wein vergessen. Sie sind deshalb zwar nicht entlassen worden, wie es bestimmt unseren Leuten in dem Falle ergangen wäre — aber Arbeiter sind sie wieder geworden. Die Gelben können stolz sein auf solche Gelben.

In letzter Zeit brachte die Maghütte fremde Arbeiter in ihre Betriebe; die einheimischen wurden gekündigt und um Arbeit Antragende zurückgewiesen. Die Gelben rührten sich nicht. Bis heute haben sie noch keine Worte gefunden. Unser Verband war der erste, der eingriff. Niemand außer uns hat den Arbeitern geholfen. Die Maghütte hat uns in letzter Zeit wieder stark bekämpft. Allen Kollegen wurde das Geld auf der Sparkasse sofort ausbezahlt und nur die, die gelb wurden, dürfen es liegen lassen. Hier wird anderweitig noch ein ernstes Wort, vielleicht sogar im Landtag gesprochen werden müssen. Der „freier“ Verband haben wir natürlich auch hier. Man hört wenig von ihm. Bei Erringung der Teuerungszulage auf der Maghütte hat er sich nicht geäußert. In Amberg werden mal Betriebsversammlungen abgehalten, kräftige Löhne geredet, auf den Tisch geklopft — und damit ist's geschehen. Das Versuchen können ja die Christlichen besorgen. Von der freien Geschäftsleitung kann man ja auch nicht mehr verlangen. Die haben auch noch den politischen roten Kängel vorwärts zu bringen und die rote Presse zu verbreiten, die christlichen Sekretäre werden überwaht. Um sie etwas, was den Arbeitern nützt, wie z. B. in der letzten

Teuerungszulage, dann werden sie sofort in der roten Presse und in dito Versammlungen heruntergemacht. Es schadet das nichts. Unsere Kollegen sehen daraus, wo gearbeitet wird. Es ließe sich darüber noch vieles sagen; doch genug damit.

Die Aussprache in den Generalversammlungen war eine lebhaft. In der Neuwahl des Vorstandes wurden fast sämtliche Kollegen wiedergewählt.

Kollegen, jetzt geht's ins neue Jahr: das verfloßene war ein Jahr des Fortschritts. Das Jahr hat seinen wieder Fortschritt gebracht. Für die Kollegen heißt es: mehr Mitarbeit! Aber auch noch etwas mehr Mut muß in unsere Reihen einziehen. Jaghaftigkeit, Angstmeierei usw. abgelegt, fort damit! Denn nur dem Mutigen gehört die Welt!

Wallau. Die hiesige Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 4. Februar ihre Generalversammlung ab, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Nach erfolgter Verlesung des Protokolls der vorjährigen Generalversammlung hielt der Vorsitzende eine kurze kräftige Ansprache an die Kollegen. Er forderte besonders Unterstützung des Vorstandes, Besuch der Versammlungen, wie es sich für echte Gewerkschaftler geziemt, und daß ein jeder seinen Mann in der Agitation stellen müsse. Sodann erstattete er den Jahresbericht. An Versammlungen hatten wir zu verzeichnen: 1 Generalversammlung, 5 öffentliche, 2 Betriebsversammlungen, 1 außerordentliche Generalversammlung, 4 Mitgliederversammlungen und 6 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. Wir hatten ferner 21 Neuaufnahmen, aber auch mehrere Austritte zu verzeichnen, wozu der Vortragende bemerkte, daß jeder gesunde Baum jährlich seine Äste abwerfe, so auch unsere Ortsgruppe. Es sei dies aber kein Anlaß, den erfolgreich beschrittenen Weg zu verlassen.

Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht, nach welchem die Einnahmen der Hauptkasse 4231,10 M. betragen. Die Ausgaben der Hauptkasse für Kranken-, Arbeitslosen und Hilfsunterstützung beliefen sich auf 1071,49 M. In den Besitz wurden abgeführt 639,23 M. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 602,07 M.; mithin konnten an die Zentrale 2557,54 M. abgeführt werden. Sodann erteilte der Vorsitzende dem Referenten Kollegen Beter das Wort zum Vortrage über das Thema: „Mittelsicht auf 1911 und Aufgaben in 1912“. Nach 1 1/2 stündigem Vortrag sprach dann der Vorsitzende das Schlusswort, worin er die anwesenden Kollegen ersuchte, das Geübte zu beherzigen und der Zukunft mit ruhigem Mut und offenen Augen entgegen zu sehen. Im vergangenen Jahre hatten wir zwei Bewegungen zu verzeichnen, welche ohne ersten Kampf erfolgreich für die Kollegen waren. Ohne Organisation hätten wir die Erfolge nicht errungen. Die seitherigen Vorstandsmittelglieder wurden wiedergewählt, für den Vertrauensmann Kollegen Belte wurde Kollege Hermann Beder gewählt und Kollege Heinrich Hentel als Vertrauensmann neu eingewählt.

Und nun Kollegen von Wallau, „arbeiten und nicht erlahmen!“ Diese Parole des rechten Gewerkschaftlers soll im neuen Jahre ein jeder von uns zu der seinen machen. Manches muß auch bei uns noch besser werden; der Versammlungsbefuch ist ein Gradmesser des gewerkschaftlichen Lebens, sorgen wir also dafür, daß er bei uns künftig nichts mehr zu wünschen übrig läßt. In den Versammlungen holen wir uns auch immer wieder die nötige Anregung zur Ausübung der Werberarbeit. Jeder Kollege, der die Versammlungen regelmäßig besucht und sein Verbandsorgan liest, ist auch stets in der Lage, den Anforderungen, die die Agitation für unsere Sache an ihn stellt, gerecht zu werden. Lassen wir es jetzt vor allem nicht mehr bei guten Vorsätzen allein bewenden, sondern Schreiten wir als ganze Männer — zur Tat!

### Briefkasten.

Nach Ulm und anderwärts. In letzter Zeit häufen sich wieder die Fälle, wo Kollegen einfach durch eine kurze Mitteilung per Postkarte verlangen, im Verbandsorgan diese oder jene Firma zu sperren. Jede nähere Mitteilung über das Warum und die Ansichten einer solchen Maßnahme fehlte gewöhnlich. Wir weisen deshalb an dieser Stelle darauf hin, daß Sperren nur dann im Verbandsorgan veröffentlicht werden können, wenn der Mitteilung an die Zentrale auch ein entsprechender Bericht beigelegt ist.

### Sterbetafel.

Duisburg-Vaar. Am 14. Februar starb unser treuer Kollege Johann Göbel im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung.

Essen. Am 2. Februar starb unser Kollege Wilhelm Mansfeld im Alter von 48 Jahren an einem Schlaganfall. — Nach langer Krankheit verstarb am 7. Februar unser Kollege Wilhelm Bestgen im Alter von 62 Jahren.

Sülten. Am 30. Januar starb unser Kollege Gerhard Hoffmann im Alter von 30 Jahren infolge eines Schlaganfalls.

Hoppede-Bontkirchen. Am 15. Februar kamen bei einer Dynamit-Explosion zu Tode unsere treuen Kollegen: Johann Bräse im Alter von 46 Jahren, Johann Spratte im Alter von 36 Jahren und Reiner Schotten im Alter von 33 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 24. Februar.

- Amberg. Abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“. Referat über die neue Invalidenversicherung.
- Essen. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Wilhelm Kürten, Beschemstraße.
- Düsseldorf-Olden. Abends 9 Uhr Lemfensberg-Kaiser-Wilhelm-Str.
- Düsseldorf-Oberbil. Vorm. 11 Uhr bei Köhler, Ellerstraße 172.
- Essen-Berg-Verder. Abends 8 Uhr bei Köhler.
- Essen-Stein-Krath. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Seeborn.
- Essen. Generalvers., abends 8.30 Uhr bei Steinberg, Bahnhofsstr.
- Witten-Deuk. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstr.
- München. Generalvers., abends 8 Uhr im Gasthaus „Seopoldstadt“.
- Neunkirchen. Abends 8 Uhr im „Eier“ bei Schleppl.
- Vorabern-Stadt und Bröttingen. Abends 8 Uhr im Pring-Weg mit Vortrag.

Sonntag, den 25. Februar.

- Mudernach. Nachm. 5 Uhr öffentl. Vers. im Hotel Gamm.
- Wahl. Nachm. 3 Uhr Versammlung.
- Berlin-Oberschneeweide. Abends 7 Uhr bei Olesch.
- Wohlfahrt-Weimar. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Paul Arell.
- Essenfeld. Vorm. 11 Uhr in der Reichshalle.
- Essenfeld-Lobberich. Abends 6 Uhr öffentl. Vers. bei Krummich.
- Durlach. Nachm. 4 Uhr im Lokal „Zum Bahnhof“.
- Duisburg. Nachmittags 2 Uhr bei Olesch, Wankelmeierstr. Betriebsvertrauensmännerversammlung.
- Düsseldorf-Bolzhausen. Vorm. 11 Uhr bei Blau, Düsseldorf-Str. 232.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr im „Rath Kreuzweg“. Mühlenterrasse, Ecke Rathenbrosch.
- Danzig-Lanenthal. Nachm. 2 Uhr bei Wölke öffentl. Vers.
- Dülken. Vorm. 11 Uhr bei Nemelen.
- Essen-Altenessen. Abends 6 Uhr bei Effer.
- Essen-Mittelscheid. Abends 7 Uhr bei Wallney.
- Essen-Seacroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg.
- Essen-Rellinghausen. Abends 6 Uhr bei Schröder.
- Essen-Merfeld. Vorm. 11 Uhr bei Ringardt.
- Wirth i. W. Nachmittags 3 Uhr im Gefellenhofsitz, Simonstr. 20.
- Gröbenbaum. Nachmittags 5 Uhr bei Schenkel Sittardsberg Mitgliederversammlung.
- Gewaldberg. Nachm. 5.30 Uhr mit Frauen bei Jul. Schillen.
- Gladbach. Nachm. 4 Uhr bei Neupert (christl. Gewerkschaftshaus).
- Hammeln. Nachm. 5 Uhr bei Schiffermann.
- Sandborn. Nachmittags 1.30 Uhr bei Freundliches wichtige Besprechung.
- Sagen-Werthhausen. Nachm. 5 Uhr mit Familie bei Simon. Ref.: H. Hoffmann, Köln.
- Witten-Rath-Deumar. Vorm. 11 Uhr bei Kretz. Nöbstratgerstr.
- Witten-Ronheim. Vorm. 11 Uhr bei Kämmling, Bentloerstr. 187.
- Widenscheid. Nachm. 4.30 Uhr mit Familie im Lokale des Widenscheider Konsumvereins. Vortrag Herr Parzer Müller.
- Willingen. Nachm. 4 Uhr mit Frauen bei Gatzmann.
- Weidrich. Vormittags 11 Uhr, bei Haserkamp, (zur deutschen Flotte) wichtige Besprechung.
- Wülheim-Rhein. Die angelegte Frauenversammlung findet nicht statt.
- Wülheim-Buchheim. Morgens 11 Uhr Generalversammlung bei Wülch.
- Wülheim-Rhein. Nachm. 3 Uhr Jugendversammlung bei Reibholz.
- Wülheim-Solweide. Nachm. 5 Uhr Jugendversammlung bei Hüfel.
- Wülheim-Deßbrück. Nachm. 6 Uhr bei Korfchöden.
- Wülheim-Rhein. Nachm. von 12—5 Uhr Bezirkskonferenz-Delegiertenwahl bei Reibholz.
- Wülheim-Dül. Nachm. 5 Uhr mit Frauen bei Westermann.
- Wülheim-Sundern. Nachm. 5 Uhr bei Hunte.
- Wendorf. Morgens 11.30 Uhr bei Schröder Mitgliederversammlung. Referent Kollege Hestekamp.
- Obermeiderich. Abends 8.30 Uhr bei Wm. Messer Essen Steelerstr. Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Schallerscheid. Nachm. 5 Uhr bei Wedder.
- Sollingen-Saan. Vorm. von 10—12 Uhr Delegiertenwahl für die Bezirkskonferenz im Lokale Krahnwinkel.
- Uerdingen. Nachmittags 5 Uhr bei Klüngen Mitgliederversammlung mit Frauen.
- Wallau. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Wahl eines Delegierten

Dienstag, den 27. Februar.

Gelsenkirchen-Sülten. Abends 6.15 Uhr bei Nachbarschule.

Donnerstag, den 29. Februar.

Karlsruhe-Stillingen. Versammlung im „Witben Mann“.

Freitag, den 1. März.

Saltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.

Sonntag, den 2. März.

- Berlin-Moabit. Versammlung bei Waberstr. Goglowstr. 86.
- Dörfel-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann.
- Essen. Abends 8 Uhr im Erholungshaus.
- Düsseldorf-Mittelscheid. Abends 9 Uhr bei Bender, Andreasstr.
- Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantnerbräu, Schiffstr. 7.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Kaiserstr. 97.
- Sagen-Altenhausen. Abends 8.30 Uhr bei Steinhaus.
- Sagen-Weidhausen. Abends 8.30 Uhr bei Wülchensborn.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
- Köln-Dülken. Abends 9 Uhr bei Gottfr. Schmitz, Frankfurtstr.
- Münster. Abends 8.15 Uhr im Gefellenhofsitz, Tafelhofstr. 7.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König. Ref. Kol. Kuhn.
- Widenscheid. Abends 8.30 Uhr bei E. Diemer.

Sonntag, den 3. März.

Wagrad. Nachm. 4 Uhr bei Strang.

Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Stralauerstr. 53.

Wülheim. Versammlung im Kreuz.

Wülheim. Vorm. 11 Uhr bei C. D. Schulle.

Danzig. Nachm. 2 Uhr im Hofstehaus.

Dortmund-Munen. Nachm. 8 Uhr bei Langmann, Bismarckstr.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10.30 Uhr findet im Paulushaus, Untenstraße 33-35 eine große Kundgebung der christlich-organisierten Arbeiter von Düsseldorf und Umgebung statt. Als Redner sind gemeldet: Parzer Zeigler-Sollingen und Generalsekretär Siegerwald-Köln. Wir erwarten, daß alle organisierten Metallarbeiter sich pünktlich einstellen. Nur hierdurch ist es möglich eine große Kundgebung der Arbeiterkraft, die auf christlich-nationalen Boden steht, herbei zu führen. Unorganisierte Arbeiter sind einzuladen.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Abends 7.30 Uhr im großen Saale des Paulushauses Familienabend. Alle Kollegen mit ihren Angehörigen sind eingeladen. Zur Kontrolle ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne dasselbe kann der Eintritt nicht gestattet werden.

Halle a. S. Nachm. 3 Uhr bei Schott, Merseburgerstr. 9.

Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Höttingberg, Breuerstr.

Köln-Chrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Kornbücker, Replerstr.

Köln-Bühl. Morgens 11 Uhr bei Hüffelsend, Strubenerstr. 2.

Köln-Poll. Morgens 11 Uhr bei Fassbender, Hauptstr. 28.

Wülheim-Solweide. Abends 8 Uhr Frauenversammlung bei Groß.

Wülheim-S-Gladbach. Abends 8 Uhr Frauenversammlung aller Berufsorganisationen.

Wentwich. Nachm. 4 Uhr im Lokal „drei Schweizer“.

Münster-Jugendliche. Nachm. 1.30 Uhr im Gefellenhofsitz, Tafelhofstr. 7.

Stuttgart-Adwindauburg. Nachm. 4 Uhr bei Belmann in Frauen.

Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstr.

Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen an der Meerstraße.

Wülheim.

Hildesheim. Ortsleiterer ist Kollege Bernhard

Mitrens, Alfelderstr. 26. Kleinenunterstützung wird von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends ausgezahlt.

Freiburg i. B. Unterstützungen werden ausgezahlt durch Kollegen Hermann Riebel, Giesenstr. 12 part. von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends.

Flugzettel :: :: :: Plakate

Eintrittskarten :: Mitgliedskarten

Programme :: :: Liedertexte

Statut-Abdrücke, überhaupt alle

Vereins- und Privat-Drucksachen

Liefen wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zulieferung per Postpaket

:: :: Genossenschaftskasserei :: ::

Logo vom Niederrhein, Duisburg.